

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

65. Jahrgang

Berlin, den 19. Oktober 1927

Nummer 84

Neuer Fernsprechanruf für das Verbandshaus!

Bergmann Nummer 1 191 u. 3141 bis 3145

ist vom 23. Oktober 1927 an die Bezeichnung der Fernsprechanstalt des Verbandsvorstandes und aller im Verbandshaus befindlichen Körperschaften.

Herbststimmung

im Deutschen Buchdrucker-Verein

Am 17. und 18. September v. J. hielt die Organisation der deutschen Buchdruckerbesitzer ihre diesjährige Hauptversammlung in Baden-Baden ab. Die Zahl der Teilnehmer (mit 1100 gleich einem vollen Sechstel der Gesamtmitgliederzahl) war die höchste, die je eine solche Tagung aufzuweisen hatte; was nach dem offiziellen Bericht der „Zeitschrift“ teils durch die Naturschönheiten des Tagungsortes, insbesondere aber in den gegenwärtigen Verhältnissen des Buchdruckgewerbes begründet wäre. Soweit die Berichterstattung im Prinzipalsorgan dafür als Beweis dienen dürfte, könnte man dies daraus schließen, daß im Gegensatz zu Baden-Baden selbst, in seiner idyllischen Lage, von immergrünen Höhen umragt, ein stolzes und erhabenes Bild uner schöpffiger Schaffenskraft der Natur darstellend, Führer und Mannschaften des Deutschen Buchdrucker-Vereins von einem Pessimismus befallen waren, der beinahe an die Lehren der Mohikaner erinnerte.

Schon gleich beim festlichen Auftakt der Tagung wurde in der Begrüßungsansprache den besonders zahlreich anwesenden Vertretern staatlicher, städtischer und sonstiger Behörden oder außerbetrieblicher Korporationen ein Lohnflagellend vorgetragen, das als Begleitmusik den Chopin'schen Trauermarsch ganz gut übertragen hätte. Denn, so sagte der Vorsitzende des DVV, in seiner Begrüßungsansprache u. a., „wie hat die letzten Vorgänge auf lohn tariflichem Gebiete das Gewerbe getroffen hätten, könne man erst dann richtig ermessen, wenn man bedenke, daß der Arbeit (!) der Lohnsumme im Buchdruckgewerbe ein viel bedeutenderer Bestandteil des Betriebsumfanges sei als bei Unternehmungen fabrikmäßiger Art.“ Hut ab vor seiner Pestilenz, dem Druckfehlerstempel, der in diesem Sinne im Bericht der „Zeitschrift“ das Wort Anteil, wie es in Wirklichkeit wohl gelaundet haben dürfte, mit dem Begriff „Arbeit“ vertauscht hat. Dadurch hat diese Sache, wenn auch nur durch des Geschickes Mächte, einen der Wahrheit wesentlich näheren Sinn erhalten. Und nicht gerade hübsch wäre es, wenn auf diesen Streich des heimtückischen typographischen Luzifers das in letzter Zeit in der „Zeitschrift“ mehrfach erschienene Ausschreiben eines neuen Hauptschriftleiters zurückzuführen wäre. Aber auch sonst war die Behandlung der Lohnfrage durch den gleichen Redner nicht gerade überzeugend. Was soll man z. B. dazu sagen, wenn er aus der Jahreslohnsumme von insgesamt 429 Millionen Mark nach dem Geschäftsbericht der Buchdruckerberufsgenossenschaft für das Jahr 1926 klar zu machen versuchte, wie groß die Belastung bei einer zehnprozentigen Lohnerhöhung sei. Das ist zunächst nur ein Rechenexempel, das für andre und wesentlich größere Gewerbe oder Industrien noch viel größere „Belastungen“ von der Lohnseite her errechnen ließe. Aber es fehlt diesem Rechenexempel die einschlägige Vergleichsbasis in der Gesamtsomme des Betriebsumfanges. Darüber schweigt man jedoch; obwohl sich an Hand einer solchen Vergleichsbasis erst richtig erkennen ließe, wie hoch der Lohnanteil im Buchdruckgewerbe in Wirklichkeit ist. Außerdem haben wir es schon oft erlebt, daß, wenn wir an Hand der Lohngestaltung im Buchdruckgewerbe die Entwicklung

des Preistarifs etwas schärfer unter die Lupe nahmen, der Lohnanteil von Prinzipalsseite gegenüber anderen Belastungen bei den Herstellungskosten als viel weniger maßgebend bezeichnet wurde; was ja auch nicht anders sein kann, wenn man Vergleiche zieht zwischen der Lohn- und Preisentwicklung im Buchdruckgewerbe seit der Vorkriegszeit. Wir haben noch jedesmal, wenn wir im „Korr.“ dieses Thema unter die Lupe nahmen, feststellen können, daß man auf Prinzipalsseite ganz aufgeregt wurde und uns am liebsten mit allerhand Maulförsen oder ähnlichen Hemmungen der Meinungsfreiheit aus sogenannten gewerblichen Interessen heraus ausgestattet hätte. Trotzdem kommt man immer wieder auf solche unsachliche Abwege in der Lohnfrage und hat anscheinend gar kein Gefühl oder Verständnis dafür, daß sich aus derartigen Lohnaufbauschungen in Unternehmerkreisen für uns unbedingt bestimmte Konsequenzen ergeben, die eingehendere Untersuchung der Preisgestaltung geradezu zur Pflicht machen. Und solange die Führer des DVV, z. B. bei Lohnverhandlungen sich für berechtigt halten, beinahe jeden Topf einer Arbeiterhaushaltung auf seinen Inhalt nach Menge und Qualität zu prüfen oder lohnpolitisch zu tagieren, wird es auch uns nicht verwehrt werden können, die Einkommensverhältnisse der Unternehmer in unserm Gewerbe etwas näher ins Auge zu fassen.

Alle diese Klagen über Belastungen durch die Löhne laufen schließlich doch nur darauf hinaus, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft, auf deren Leistungen sich sowohl Kapitalbildung wie Kapitalverwertung in erster Linie stützen müssen, so niedrig wie nur irgend möglich zu halten. Daß aber gerade dadurch auch der letzte Schein jeder kulturellen Berechtigung einer mit solchen Grundfäden ausgestatteten Wirtschaftsform verdunkelt wird, das wird nicht erkannt. Es besteht daher auch gar keine Notwendigkeit für uns, diese Entwicklung der Dinge zu bedauern oder anders zu beurteilen als bisher. Denn bei all dem, was die Prinzipale in dieser Beziehung zu beklagen haben, handelt es sich für uns um die Verteidigung von Lebens- und Kulturaufgaben der Arbeiterschaft. Sie umfassen in unserm Gewerbe und für unsern engeren Aufgabekreis zunächst das wirtschaftliche Schicksal von mehreren hunderttausend Menschen (unter Einrechnung der Familienangehörigen), gegenüber Forderungen und Ansprüchen von kaum 30 000 Menschen auf Prinzipalsseite. Wir können nicht einsehen, daß die Interessen der letzteren höher zu bewerten sein sollen als die der Arbeiterschaft und ihrer Angehörigen im Buchdruckgewerbe. Wir erblicken daher in den Schwierigkeiten, die das Unternehmertum auch in unserm Gewerbe auf dem Wege seines Strebens findet, nur Folgen seiner eignen antisozialen Tendenzen, die auf grundsätzliche Mängel der privaten kapitalistischen Wirtschaftsform zurückzuführen sind. Ob wir in dieser Beziehung die Haltung der Unternehmer in der Lohnfrage, in der Frage der privaten oder öffentlichen Wirtschaft, in Sachen der Preisgestaltung oder des gegenseitigen Verhaltens in Unternehmerkreisen ins Auge fassen, in allen diesen Dingen zeigt sich nur die wachsende Anzulänglichlichkeit der von ihnen vertretenen Wirtschaftsform und ihrer ebenso egoistischen wie kurzfristigen Bewertung der menschlichen Arbeitskräfte, deren Träger das menschliche Leben allein ist und sein kann.

Gehen wir nach dieser allgemeinen Würdigung der schon bei der Eröffnung der Prinzipalstagung hervorgetretenen Stellungnahme zur Lohnfrage zu einzelnen Punkten der Tagesordnung über, so ist es zunächst ein Vortrag über den „Eingriff der öffentlichen Hand in die Privatwirtschaft, besonders in das Buchdruckgewerbe“, der uns Gelegenheit gibt, das schon vorstehend Gesagte noch etwas deutlicher zu unter-

streichen. Das Thema selbst ist für die Leser des „Korr.“ nicht neu. In den Nummern 94, 95 und 96 des vorigen Jahrgangs haben wir in drei Artikeln unter der Überschrift „Denkschriften- und Interpellationsattake gegen behördliche Druckereien“ den Standpunkt der Gehilfenschaft zu dieser Frage schon deutlich genug gekennzeichnet. Es ist inzwischen nichts eingetreten, was unsere damalige Auffassung und Ansicht irgendwie korrigieren könnte. Wir vermögen auch heute noch nicht einzusehen, warum der Staat oder die Gemeinden als Sachwalter allgemeiner und öffentlicher Interessen nicht das Recht haben sollen, sich wirtschaftlich zu betätigen, zumal die private Wirtschaft dies ja sowieso nur tut, sofern sie dafür viel mehr bekommt, als sie dafür ausgeben muß. Und für dieses Mehr, sei es an Arbeit oder Arbeitsvertrag, hat dann bekanntlich nicht die Privatwirtschaft, sondern die Arbeiterschaft oder die Allgemeinheit aufzukommen, um sich nachher von der Privatwirtschaft auf der Nase herumtanzen oder den Brotkorb noch höher als bisher hängen zu lassen. Zwar ist der gegenwärtige Staat von solchen Tendenzen auch nicht völlig frei, was zum größten Teil auf privattapitalistische Beeinflussung und deren volksfeindliche Tendenzen zurückzuführen ist. Aber das sind Dinge, die mit der im Zuge der Entwicklung liegenden demokratischen Gestaltung der Staats- und Gemeindegrundlagen in absehbarer Zeit immer mehr an Bedeutung verlieren werden. Wir haben daher auch den Professor Dr. J. Schumpeter (Bonn), der den schon erwähnten Vortrag auf der diesjährigen Prinzipalstagung über dieses Thema hielt, im Verdacht, daß er selbst unter dem Eindruck stand, seinen wissenschaftlichen Ruf zu gefährden, wenn er sich auf diesem heißen Boden nicht eine besondere Reserve auferlegt hätte. Mutig rief sich der Herr Professor lediglich an einigen sozialistischen Grundfäden auf diesem Gebiete, ohne sie jedoch entkräften zu können. Auch sonst waren seine Argumente gegen die „Eingriffe der öffentlichen Hand“ nicht gerade von überwältigender Bedeutung. Wir haben in dem Bericht der „Zeitschrift“ über diesen Punkt auch nicht einen einzigen Gedanken entdecken können, der den „Eingriffen der öffentlichen Hand“ in unser Gewerbe besonders gefährlich werden könnte oder der besonderen Beachtung seitens der Arbeiterschaft würdig wäre. Das ist selbstverständlich nicht auf ein Versagen des Referenten zurückzuführen, sondern auf das Thema selbst, das eben mehr positive als negative Möglichkeiten bietet. Daß er trotzdem seine Zuhörer zu rauschendem Beifall hinreißen konnte, ehrt ihn um so mehr. Wie wenig übrigens der Deutsche Buchdrucker-Verein selbst Wert darauf legt, den behördlichen Druckereien in praktischer Weise das Wasser abzugraben, haben wir erst kürzlich beobachten können, als es sich darum handelte, eine größere Firma in Mitteldeutschland, die seit vielen Jahren in der Hauptsache gutbezahlte behördliche Aufträge hat, zu einer objektiveren Beachtung tariflicher Rechte ihres Personals anzuhelfen. Da alle anderen Versuche, dieses Ziel auf glücklichem Wege zu erreichen, fruchtlos blieben, wurde der Firma verständlich gemacht, daß man nötigenfalls die Öffentlichkeit und ihre behördlichen Auftraggeber auf ihr arbeiterfeindliches Verhalten aufmerksam machen würde. Statt nun diese Warnung als berechtigt anzuerkennen, hat man an maßgebender Stelle im DVV, geglaubt, der in Frage kommenden Arbeitervertretung zu einer Klüge verhelfen zu können; was selbstverständlich vergeblich war. Und da wundert man sich noch, wenn in der Frage der behördlichen Druckereien die Auffassung der Gehilfenschaft eine ganz andre ist, als jene in Unternehmerkreisen. Daher gilt auch heute noch, was wir schon im vorigen Jahre in Nr. 96 zu dieser Frage vom Arbeiterstandpunkt aus mit folgenden Sätzen zu sagen

Verbandsvorstand das dringende Ersuchen, kein Mittel unversucht zu lassen, damit das noch bis zum 31. März 1928 laufende Lohnabkommen eine Abänderung erfährt. Sollten die Unternehmer auf ihrem formalen Recht bestehen, so müssen die Bezirksvorsitzer im Gau Schlesien jede Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftsfriedens im Gewerbe ablehnen.

Kollege F o r e r i c h t e r behandelte die Restantenfrage. Es wurde beschlossen, gegen Restanten schärfer vorzugehen und auch bei einem Rest keine Unterstützung mehr zu gewähren.

Die Kuregung, aus jedem Bezirk im nächsten Jahre einige Kollegen mit Zuschuß des Gaus zur Presseausstellung nach Köln fahren zu lassen, versprach der Gauvorstand im Auge zu behalten.

Unter „P e r s ö n l i c h e n“ gab Kollege F i e d l e r bekannt, daß den in letzter Zeit häufig eingehenden Gesuchen um Darlehen und Sonderunterstützungen laut Gautagsbeschuß nicht entsprochen werden könne. Ferner wies er auf die vorliegende Drucksache betreffend die Arbeitslosenversicherung und die damit zusammenhängende Arbeitsnachweisfrage hin. Auch die neuerrichteten Arbeitsgerichte wurden eingehend besprochen und auf die in nächster Zeit stattfindenden Schulungskurse hingewiesen. Die Vorschläge zur Neuregung der Biatiktumsfrage fanden keinen Anklang. Bei dieser Gelegenheit wurde auch vor Schwindlern gewarnt. Beschlissen wurde, gegen Kollegen, welche keine Ferien machen, einzuschreiten.

Der Besuch der Ausstellung „Das Papier“ in Dresden seitens der schlesischen Kollegen ist ein sehr guter gewesen, da die Gaukasse die Hälfte des Fahrgebeldes zurückerstattete. Nach Erledigung verschiedener Gauangelegenheiten schloß Kollege F i e d l e r mit Dankesworten und der Bitte, im Sinne der Beschlüsse in den Bezirken zu arbeiten, die sehr gut verlaufene Tagung.

Am 25. September fand eine **Bezirks-Lehrlingsleiter-Konferenz** statt, an der auch die Bezirksvorsitzer teilnahmen.

Um 10 Uhr eröffnete Gauvorsitzer F i e d l e r die Konferenz und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Versammlungen zum Besten der Lehrlingsabteilungen gereichen mögen.

Zunächst erstattete Gaulehrlingsleiter B e r n d t den Bericht über die Berliner Tagung und die Ausstellung „Das junge Deutschland“, welcher heilfällig aufgenommen wurde.

Mit der Diskussion darüber wurden die Berichte der Lehrlingsleiter verbunden. Diese zeugten von einer guten Entwicklung und reger Tätigkeit in allen Bezirken. Es kamen dabei auch einige Fälle von Lehrlingsausbeutung zur Sprache. Dagegen wird energisch eingeschritten werden. Besonders interessierte, daß ein Prinzipal in Reisse mit seiner Schabenerklage in Höhe von 120 M. kostenpflichtig abgewiesen wurde. Er hatte Lehrlinge ohne Aussicht an der Maschine arbeiten lassen, wobei der Motor durchbrannte.

Sehr eingehend wurde die Frage der Lehrlingseinstellung besprochen. Es kam zum Ausdruck, daß eine Überbreitung der Lehrlingskassa unter keinen Umständen gebildet werden darf. Dabei wurde gerügt, daß oft unsere eigenen Kollegen, indem sie ihre Söhne unterbringen wollen, in dieser Hinsicht Schwierigkeiten bereiten.

Gefordert wurde, daß in den Jahrausschüssen in erster Linie auch die Lehrlingsleiter vertreten sind. Diese hätten auch dafür zu sorgen, daß nur befähigte Schüler eingestellt werden. Daß diese nicht immer unter den höheren Schülern zu finden sind, wurde an Hand von Tatsachen bewiesen.

Von verschobenen Seiten wurde betont, daß neben Fortbildung, Spiel, Unterhaltung und Wanderungen auch die

gewerkschaftliche Erziehung nicht vernachlässigt werden darf. Politische Bestrebungen seien auszuschalten.

Der Schulung von Lehrlingsleitern soll mehr Beachtung geschenkt werden. Hierzu ging folgender Antrag ein:

Beantworte, daß bei passender Gelegenheit eine Lehrlingsleiterkonferenz aller Ortsvereine einberufen wird, wofür ein Referent über Aufgaben der Gewerkschaftsjugend sprechen soll.

Nach längerer Aussprache, in der vor allem zum Ausdruck gebracht wurde, daß ein Wechsel der Lehrlingsleiter möglichst vermieden werden soll und auch geeignete Kollegen neben den Lehrlingsleitern zu solchen Kursen zugelassen werden, wurde beschlossen, Fortbildungskurse im schlesischen Jugendheim in Striegau zu beschließen. Dort sei ein Abschluß von der Öffentlichkeit möglich, wodurch ein besseres Arbeiten zu erwarten sei. Die Einberufung und Durchführung der Kurse wurde dem Gauvorstand übertragen.

Vor jedem Konditionswechsel sind rechtzeitig Erkundigungen beim zuständigen Gauvorsitzer einzuziehen!

Wer diese statutarische Pflicht unbeachtet läßt, der schädigt die Interessen der Organisation und sich selber, denn er hat die Folgen zu tragen!

(Siehe Druckortverzeichnis in den Verbandssatzungen auf den Seiten 47 bis 64).

Nach längerer Aussprache über den nächsten Gaulehrlingstag wurde beschlossen, denselben Ostern 1928 in Breslau abzuhalten. Außer den Bezirksvorsitzern und Bezirkslehrlingsleitern sollen diesmal auch die Ortslehrlingsleiter teilnehmen. Die Kosten trägt die Gaukasse. Den Lehrlingen soll freie Fahrt, Nachtquartier und Mittagessen gewährt werden. Hierzu sollen auch die Lehrlinge einen Teil beitragen. Deshalb wird der Lehrlingsbeitrag auf 20 Pf. erhöht, wovon 10 Pf. in die Gaukasse fließen, welche nur für Zwecke der Lehrlingsabteilungen verwendet werden dürfen.

Nach der Mittagspause hielt Kollege M a t t h i e s (Görlitz) einen Vortrag über „Einführung in die Jugendpsychologie“. In seinen haßföndlichen Ausführungen behandelte er sehr geschickt dieses bisher in unsern Kreisen sehr wenig erörterte Thema. Er hat sicher viel dazu beigetragen, in Zukunft die Augenblinigen und ihre Handlungen besser zu verstehen. Die rege Aussprache bewies das große Interesse, welches seine Lehrrreihen, oft auch humoristischen Ausführungen, denen Quellenangaben folgten, gefunden hatten.

Mit dem Wunsche, daß das Gehörte in den Abteilungen nutzbringend für unsere Jugend und die Organisation Verwendung findet, schloß Gauvorsitzer F i e d l e r gegen 5 Uhr die anregend verlaufene Tagung.

Der „Korrektorenjop“!

Ab und zu taucht immer wieder jemand unter den Schriftstellern auf, der da glaubt, sich an den Korrektoren reiben zu müssen. So auch in Nr. 270 der „Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse“ vom 1. Oktober 1927 ein Redakteur Paul Döring aus Dessau, der dort unter der Überschrift „Der Korrektor“ folgende Weisheit verzapft:

„Korrektoren sind heute für den Zeitungsbetrieb natürlich nicht unbedeutend. Doch darf ihre Herrschaft nicht unbeschränkt sein. Wo der Korrektor und der Redakteur zusammenstoßen, da muß der Redakteur ausschlaggebend sein. Solche Reibungen werden ja nur Ausnahmefälle sein. Wenn der Korrektor Fehler entdeckt, dann sind wir ihm dankbar. Wenn er aber meint, daß ein Wort „auch so“ geschrieben werden könne, und daß das die einzig richtige Schreibweise sei, dann soll mit seinem Ratsschlag seine Macht beendet sein. Wie das Wort in die Zeitung kommt, das muß der Redakteur bestimmen. Er ist es, der zu den Lesern mit seinen Worten spricht, darum auch seine Schreibweise. Sonst müßten wir eine Rubrik anfügen: „Korrektor X.“

Meist ist es schon einige Zeit her, daß der Korrektor aus seiner Schule kam. Damals herrschte noch das Korsett. Der Schreibweise war ein sehr steifes angelegt. Das Korsett ist gefallen. Die Schreibweise hat sich geändert. Ein freier Hauch weht durch die Schreibweise. In den Räumen des Korrektors ist jeder Wind verpönt. Mit ganz richtigem Instinkt merkt der Korrektor, daß die neue Luft ihm viel von seinem Glanze und seiner Allmacht nehmen wird.

Der Korrektor soll Schreibfehler korrigieren, nicht die Schreibweise. In wie vielen Betrieben ist es noch anders. Dort herrscht der Korrektor, und seine Meinung ist Gesetz. Anstatt „Schente“ muß es unbedingt „Schänte“ sein, und das „Heidekraut“ des Redakteurs wird von der „Haide“ des Korrektors gepflückt. Diese absolute Macht des Korrektors müssen wir brechen. Das gilt auch für die Schreibweise der Fremdwörter. Wenn die Korrektoren zu bestimmen hätten, dann bliebe nur zu gern alles beim alten. Warum muß es denn immer „Bureau“ anstatt „Büro“ sein? Wenn der Redakteur meint, er könne durch eine schlichtere Schreibweise besser zu seinen Lesern reden, dann soll er es tun. „Bübitopf“ ist Trumpf. Sehen wir die Schere an den Korrektorengopff!

Zunächst muß man sich darüber wundern, daß man etwas Derartiges gerade in den „Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse“ findet. Dem Verein Arbeiterpresse gehören die Schriftleiter, die Berichterstatter und sonstigen Angestellten der Arbeiterpresse und der Gewerkschaftspresse, Arbeitersekretäre, Parteisekretäre sowie viele sonstige Angestellte der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften an. Und wenn wirklich der Redakteur eines Arbeiterblattes einmal einen kleinen „Zusammenstoß“ mit einem Korrektor in solchem Betriebe haben sollte (Paul Döring läßt dies selbst zu den Ausnahmefällen), so ist es doch wirklich nicht nötig, davon nach außen hin ein großes Aufsehen zu machen.

Und wie dürrig sind die von Döring angeführten Gründe für seine „Judt in die Öffentlichkeit!“ Da soll ein Korrektor aus „Schente“ eine „Schänte“ gemacht und das „Heidekraut“ in „Haidekraut“ verwandelt haben. Ob der Korrektor wirklich seine Hand dabei im Spiele gehabt hat, wage ich zu bezweifeln; denn die Schreibweisen „Schente“ und „Heide“ sind nach Duben richtig, und es besteht für den Korrektor wirklich kein Grund, diese Schreibungen willkürlich zu ändern. Über die Schreibweise „Bureau“ oder „Büro“ wäre wohl leicht eine Verständigung mit dem Korrektor zu erzielen gewesen, wenn sie versucht worden wäre. Viele große Tageszeitungen schreiben schon seit Jahren „Büro“. Seher und Korrektoren sind da im Bilde, und es gibt darüber weiter keine Streitigkeiten. Das „Anklamaterial“ ist also so winzig, daß es sich kaum verlohnt, darüber zu reden.

Döring jedoch nimmt es zum Anlaß, hochtrabende Sätze gegen die Korrektoren loszulassen. Er spricht von „unbeschränkter Herrschaft“ und „absoluter Macht“ des Korrektors, die gebrochen werden müsse. Ein freier Hauch soll in

Der Auf nach links

Die in den letzten Tagen vorgenommenen Wahlen in Hamburg und in Königsberg haben ganz deutlich gezeigt, daß das deutsche Volk es endlich satt hat, sich durch deutschnationale Mächten noch weiter an der Nase herumführen zu lassen. Diese Wahlen in den beiden Städten kann man getrost als Symptom der Zeit werten, um so mehr, als gerade in Königsberg anlässlich der Tannenbergerfeier und des Sindenburg-Geburtsfestes ein großer nationalsozialistischer Rummel aufgezogen wurde. Die Arbeiterklasse wird zwar noch sehr auf dem Posten sein müssen, wenn sie zu den in absehbarer Zeit stattfindenden Wahlen zum Reichstag eben solche Erfolge, wie sie hier örtlich vorliegen, für das ganze Reich erzielen will. Sehr viel Aufklärung ist dabei noch vonnöten.

Auf der andern Seite sind die Deutschvölkischen an der Arbeit, der aufgeklärten Arbeiterklasse das Wasser abzugraben. In der „Deutschen Zeitung“ vom 7. Oktober 1927 wurde eine umfangreiche Propaganda gemacht für eine „Partei des Deutschen Buches“. Es wurden die Ziele einer „volksdeutschen Buchgemeinschaft“ kargelegt, und zwar die der „Volksdeutschen Buchgemeinschaft Weimar des Alexander-Dünder-Verlages“. Man sieht hieran schon, daß es sich dabei wiederum um ein privatkapitalistisches Unternehmen handelt, das eingestellt ist auf die Beeinflussung großer Massen im deutschvölkischen Sinne. Es wird in dem Artikel gesagt: „In drei Punkten mangelt es unserm Zeitalter: An einem wahren Naturgefühl, an einem wahren Gefühl für die bildende Kunst und an einem wahren Gefühl für die Geschichte und die Auslese ihrer hervorragenden Persönlichkeiten.“ Merkwürdig muß es in einem Kopfe aussehen, aus dem solche Gedanken entspringen. Selbst wenn man ganz abseht von der proletarischen Bewegung, so kann man diese Zeilen doch kaum unterschreiben. Der Drang zur Natur und

ihre Verehrung wird bei den Proletariern am besten bewiesen durch die Naturfreundebewegung und ähnliche schöne Einrichtungen. Ebenso ist auch das Streben zu Kunst und Wissenschaft nirgendwo stärker vertreten als gerade in der Arbeiterklasse. Die Wohneigenbewegung, die in allen Bevölkerungsschichten immer mehr und mehr um sich greift, ist schließlich ebenso stark wie das Interesse für bildende Kunst. Nur eines muß festgestellt werden, daß die heutige Jugend sich allerdings frei gemacht hat von der unbedingten Anerkennung der Autorität in Kunstfinden, was von den hofrätlichen Künstlern in Zylinderhut und Glacéhandschuhen naturgemäß als äußerst peinlich empfunden werden muß, besonders dann, wenn in ihre Kreise die jungen Künstler mit Schillertragen und ganz ungezwungenen Manieren eindringen. Was das wahre Gefühl für die Geschichte und die Auslese der hervorragenden Persönlichkeiten anbelangt, so hängt auch dieses Gefühl zusammen mit dem Abhandentommen des Gefühls für Autorität. Durch die Erlebnisse des großen Krieges sind sehr vielen Volksgenossen diese Gefühle ein für allemal ausgetrieben worden, denn zu viele haben die Helden in allzu menschlichen Situationen in Nachtmüde und Schlaftraum kennen gelernt.

Sehr richtig haben die Drahtzieher der in der „Deutschen Zeitung“ aufgezogenen Propaganda für die „Volksdeutsche Buchgemeinschaft“ erkannt, daß das Buch eine große Waffe im Kampfe um die Vormachtstellung bedeutet. Gott sei Dank hat aber auch die Arbeiterklasse das längst begriffen. Und besonders wir Buchdrucker, die wir durch unsere Blättergilde Gutenberg versuchen, Aufklärung hineinzutragen in die weiteste Kreise der Arbeiterklasse, und darüber hinaus auch in andre Kreise des deutschen Volkes sind auf diesem Gebiete in vorderster Reihe zu finden.

Demnächst wird wiederum ein hervorragendes Buch von B. Trauen erscheinen, das sich „Land des Frühling“ nennt

und eine Reise durch Mexiko schildert. Wiewen werden durch diese Schilderung die Augen geöffnet werden über die Vorgänge, die sich jetzt in Mexiko abspielen. Denn die Revolution in Mexiko ist nicht von ungefähr heraufbeschworen, auch dort handelt es sich um die Vorbereitung zum Wahlkampf. Wir in Europa sind es ja nachgerade gewöhnt, derartige revolutionäre Nachrichten aus Mexiko zu erhalten, aber wir konnten uns niemals so richtig ein Bild von den dortigen Verhältnissen machen. Das wird erleichtert durch das Trauens Buch. Besonderen Wert aber gewinnt das Buch dadurch, daß darin Vergleiche gezogen werden zwischen den Zuständen in Mexiko und den europäischen Verhältnissen auf politischem Gebiet. Aus den Schilberungen Trauens geht es deutlich hervor, daß hinter all den Unruhen, die das mexikanische Volk bedrohen, der amerikanische Kapitalismus steckt, und daß ihr gut Teil Schuld auch die dortigen kirchlichen Kreise haben. In Mexiko besteht zurzeit eine Arbeiterregierung, die gewerkschaftlichen Verhältnisse dort sind sehr gut, und deshalb gönnt diesem Volke der amerikanische Kapitalismus nicht die wohlverdiente Ruhe.

Würde es der deutschen Arbeiterklasse gelingen, bei den nächsten Reichstagswahlen mit einer derartigen Mehrheit in das Parlament einzuziehen, daß alle Regierungsgeschäfte ihr zufallen müßten, dann könnten wir mit Sicherheit darauf rechnen, daß die deutschen Kapitalistenkreise sich der völkisch-national verblödeten Massen bedienen würden, um der auf rechtmäßigen Wege gewählten Arbeiterregierung das Leben so schwer wie möglich zu machen. Das wird aber für die Arbeiterklasse kein Grund sein, nutzlos die Pläne ins Korn zu werfen. Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß die Arbeiterklasse nach all dem Schlimmen, das ihr in den letzten Jahren widerfahren ist, so gestärkt aus den Wahlen hervorgeht, daß sie allen Anstimmern von der andern Seite gewachsen ist.

die „Räume“ des Korrektors einziehen, in denen jeder Wind verpöht ist, weil er dem Korrektor viel von seinem „Glanz“ und von seiner „Allmacht“ nehmen könnte. Die Ehre muß an den „Korrektorenzopf“ gefest werden!

Sollte Döring nicht selbst merken, daß er hier mit Kanonen nach Spahen geschossen hat? Die Korrektoren werden am meisten über den Glanz und die Allmacht erstaunt sein, die Döring ihnen andichtet.

Aber im Ernst: Was wird mit solchem Geschreibsel bezweckt? Der Korrektor bemüht sich pflichtgemäß, die beim Schreiben und beim Sehen unterlaufenden Fehler auszumergen, soweit ihm das in der Hast des Zeitungsbetriebes nur irgend möglich ist. Niemand, glaube ich, ärgert sich mehr als er, wenn trotzdem noch hin und wieder Fehler in der gedruckten Zeitung zu finden sind. Zu „Kassschlägen“ an den Redakteur bleibt ihm während seiner Arbeit wenig Zeit. Er forziert nach Duden und kann nicht bei jeder vom Duden abweichenden Schreibweise immer zum Redakteur laufen, um diesen nach dem Wunsch Dörings bestimmen zu lassen, „wie das Wort in die Zeitung kommt“. Im allgemeinen ist jedoch eine Berichtigung über die Behandlung einiger Zweifelsfälle wohl möglich, und gerade in der Arbeiterpresse so leicht am leichtesten möglich sein.

Man merkt aber bei dem ganzen Vorstoß zu deutlich die Absicht: Die Tätigkeit des Korrektors soll wieder einmal herabgesetzt, wenn nicht gar lächerlich gemacht werden. Der Korrektor wird als „Reaktionär“ hingestellt, dem die „neue Luft“ ein Greuel sei, und der am liebsten alles beim alten ließe. Dabei findet man gerade unter den Korrektoren die eifrigsten Förderer der Bestrebungen zur Verbesserung und Vereinfachung unsrer Rechtschreibung. Wenn dies dem Verfasser des Angriffs gegen die Korrektoren unbekannt geblieben ist, so hätte er besser getan, darüber überhaupt nicht zu schreiben. Statt des notwendigen einträchtigen Zusammenarbeitens erzeugen solche Schreiberereien nur gegenseitige Verbitterung. Und dazu sollte sich auch der Verein Arbeiterpresse nicht hergeben, dessen Mitglieder zum weitest aus größten Teile selbst aus dem Arbeiterstande, viele unter ihnen auch aus dem Buchdruckerstande, hervorgegangen sind.

Berlin. Friedrich Döring,

Rheinisch-westfälischer Korrektorentag

Der 11. Rheinisch-Westfälische Korrektorentag, der als Verbererversammlung am 2. Oktober in Dortmund stattfand, erreichte infolgedessen seinen Zweck, als sich die Bezirksgruppe Dortmund neu bildete. Dieser erfreulichen Tatsache gefolgt ist als zweites der gute Verlauf der Tagung. Hierzu hatte wohl die Person des Referenten des Tages, Kollege Grunewald (Berlin), Vorherrscher der Zentralkommission, wesentlich beigetragen; und gern sei bemerkt, daß man von seinen in temperamentvoller Weise vorgetragenen Ausführungen hochbefriedigt sein konnte, was auch in dem reichen Beifall zum Ausdruck kam. Kollege Grunewald gab ein anschauliches Bild aus Theorie und Praxis des mühe- und verantwortungsvollen Korrektorenberufes, bei dem wie kaum bei einem weiteren über ein in dem Berufen oft genug die Verdienste länger Zeit vergehen werden. Gerade der Korrektor, für den in vielen Fällen die tarifliche festgelegten Vorbedingungen zu seiner Arbeit noch nicht gegeben sind, der doch täglich spürt, daß er in der großen Mutterorganisation Sonderinteressen hat, kann zu einem starken Bruchteil (40 Proz.) den Weg zu der Vereinigung nicht finden, die diese Sonderbelange vertritt! Eine Verbesse rung mit beigefügtem Aufnahmefähigen soll diese Kollegen in der nächsten Zeit an ihre Pflicht erinnern. Die rege Aussprache, die den Worten des Referenten folgte, findet ihren treffenden Niederschlag in folgendem Aufsatz des Kollegen Odraschek (Wiesfeld): „Die am 2. Oktober in Dortmund tagende Gewerkschaft des Rheinisch-Westfälischen Korrektorenvereins spricht die Erwartung aus, daß alle im Gau Rheinland-Westfalen dem Verein noch fernstehenden Kollegen diesem beitreten. Wer die tariflichen Vorteile und Rechte in Anspruch nimmt, darf auch nicht absichts stehen, wenn die so notwendige Arbeit für die Sparte geleistet werden muß. Unerlässlich ist der reifliche Zusammenfluß der Kollegen im Rheinisch-Westfälischen Korrektorenverein, wenn wir wollen, daß in Zukunft eine gerechte Wertung unsrer Berufsarbeit bei den maßgebenden Stellen erfolgen soll.“

Die Verhandlungen, die sich infolge des reichen Stoffes und der regen Aussprache bis 3½ Uhr nachmittags hinzogen, wurden eingeleitet durch gut vorgetragene Vorträge des Dortmunder Kollegenvereins. Den Willkommungsgruß der Bezirksgruppe Dortmund des Verbandes entbot der Vorsitzende Essermann, vom Gauvorstand war Kollege Köhner erschienen und überbrachte dessen Glückwünsche. Ferner hatte die junge Korrektorenvereinigung des Gauwes Thüringen in einem Glückwunschschreiben der Tagung gedacht. Die sogenannten Anstimmigkeiten im Vorstand wurden durch eine Erklärung des Kollegen Starck, der sich hierfür allein verantwortlich erklärte, als erledigt betrachtet. Mit der Arbeit der jetzigen Gauleitung war die Verammlung zufrieden, was auch dadurch zum Ausdruck kam, daß man den Vorstand (die Kollegen Berg als Vorsitzender, Venzen als Schriftführer und Kozlowski als Kassierer) einstimmig wiedewählte.

Die Berichte aus den Ortsvereinen klangen teils durchaus befriedigend, teils hoffnungsfreudig. Allenfalls ist man erfüllt vom Geist der aufbauenden Weiterarbeit und

dem Willen, im kommenden Jahr die noch außenstehenden Kollegen der Sparte zuzuführen, damit die nächste Hauptversammlung aus Anlaß der „Presse“ in Köln eine große Kundgebung werde.

Der Spätnachmittag galt den Sehenswürdigkeiten der „großen Bierstadt Dortmund“, und ein gefelliges Beisammensein am Abend förderte den gegenseitigen Gedankenaustausch und stand im Zeichen guter Kollegialität. 2.

Senkung der Lohnsteuer

Seit dem 1. Januar 1926 sind die Steuerfäße der Lohnsteuer nicht mehr verändert worden. Damals ist unter dem Druck der Sozialdemokratie das steuerfreie Existenzminimum für einen ledigen Steuerpflichtigen auf 100 M. monatlich, für einen Verheirateten auf 110 M., für einen Verheirateten mit einem Kind auf 120, mit zwei Kindern auf 140, mit drei Kindern auf 180, mit vier Kindern auf 240 und für jedes weitere Kind auf 80 M. mehr festgelegt worden.

Diese Regelung bedeutete, daß weite Schichten der gering bezahlten Arbeiter und Angestellten steuerfrei wurden. Inzwischen aber sind als Folge der Teuerung die Nominallöhne gestiegen. Viele Arbeiter und Angestellte, die im Januar 1926 steuerfrei waren, sind dadurch steuerpflichtig geworden. Für die übrigen Lohn- und Gehaltsempfänger bedeuteten die steigenden Nominallöhne, obwohl sie teilweise sinkende Reallohne waren, absolut und relativ höhere Lohnsteuerbelastung. Das ist an Hand der Reichsstatistik über die Tariflöhne eindeutig zu beweisen. In der chemischen Industrie z. B. stieg die Steuerleistung eines gelernten Arbeiters (verheiratet mit 2 Kindern) von 0,70 M. die Woche auf 1,05 M., also von 1,8 Proz. des Lohnes auf 2,4 Proz. Der ungelernete Arbeiter, der im Januar 1926 steuerfrei war, hatte im September 1927 0,35 M. Steuer gleich 1 Proz. seines Lohnes zu entrichten. Bei den Buchdruckern stieg die Belastung von 1,20 M. auf 1,55 M., also von 2,7 auf 3,2 Proz.

Mit dieser Entwicklung hat der Gesetzgeber gerechnet. Es liegt im Wesen der Lohnsteuer, daß steigende Löhne eine steigende Belastung zur Folge haben. Gleichwohl blieb der Ertrag der Lohnsteuer im Jahre 1926 hinter dem Ertrag des Vorjahres zurück, und zwar in einem stärkeren Ausmaß, als dies durch die Erhöhung des Existenzminimums bedingt war. Die entscheidende Ursache hierfür war die umfangreiche Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit. Mit der Besserung des Arbeitsmarktes im Frühjahr 1927 trat automatisch eine von Monat zu Monat stärkere Steigerung des Lohnsteueraufkommens ein. Der Bruttoertrag der Lohnsteuer (das ist die ausgewiesene Einnahme zuzüglich der Erstattungen) betrug: April 102,4, Mai 105,8, Juni 109,6, Juli 114,9, August 111,6, September 115,2 Millionen. Insgesamt sind in diesen sechs Monaten 659,5 Millionen aufgebracht worden. Der Nettoertrag der Lohnsteuer betrug in der gleichen Zeit 640,8 Millionen.

Durch das Reichsgesetz vom 3. September 1925 über die Beschränkung der Einnahmen aus der Lohnsteuer wurde bestimmt, daß eine weitere Ermäßigung der Steuer vorzunehmen ist, wenn das Aufkommen in einem halben Jahre 600 Millionen überschreitet. Für die Bedeutung dieses einstu mmig angenommenen Gesetzes ist seine Vorgeschichte bedeutsam. Die Sozialdemokratie verlangte im Sommer 1925 eine sofortige Ermäßigung der Lohnsteuer. Reichsregierung und bürgerliche Parteien aber lehnten das ab, weil sie davon einen starken Ausfall für die Reichskasse befürchteten. Unter dem Druck der sozialdemokratischen Forderung aber erklärte die Regierung, die Lohnsteuer solle nur einen Ertrag von 1200 Millionen jährlich bringen. Diese von der Regierung zugestandene Beschränkung der Einnahmen aus der Lohnsteuer auf 1200 Millionen Mark wurde dann durch einen Gesetzentwurf festgelegt.

Diese Voraussetzungen des Gesetzes sind durch das Aufkommen in den Monaten April bis September d. J. erfüllt. Das Aufkommen in diesem Halbjahr hat statt 600 rund 660 Millionen betragen. Von dem Mehrertrag von 60 Millionen entfallen auf die letzten drei Monate 42, auf die ersten drei nur 18 Millionen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die nächsten Monate einen noch größeren Mehrertrag bringen werden. Aus diesem Grunde muß das gesetzliche Versprechen, das den Lohnsteuerpflichtigen im Jahre 1925 einstimmig gegeben wurde, jetzt eingelöst werden. Dieser Absicht dient der Gesetzentwurf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Er verlangt eine Erhöhung des Existenzminimums von 100 M. auf 140 M. monatlich, wodurch auch die Freibeträge für die Verheirateten um je 40 M. monatlich erhöht werden.

Der sozialdemokratische Vorschlag baut auf dem Gesetz vom 3. September 1925 auf. Er will die Mehrerträge der Lohnsteuer über 100 Millionen monatlich beseitigen, die den Lohn- und Gehaltsempfängern unrechtmäßig abgenommen werden, ohne jedoch den Ertrag der Lohnsteuer unter 100 Millionen monatlich zu senken. Deshalb liegt dem sozialdemokratischen Antrag eine Berechnung über das Aufkommen der Lohnsteuer zugrunde, wie es sich bei seiner Annahme gestalten würde. Diese Berechnung knüpft an die Einkommensschwähigung an, die die Reichsregierung dem Gesetzentwurf über die Senkung der Lohnsteuer vom 19. Dezember 1925 beigefügt hatte. Sie berücksichtigt die Tatsache, daß die durchschnittliche Lohnhöhe seit Ende 1925 um rund 10 Proz. gestiegen ist, und geht außerdem von der Annahme aus, daß als Folge der schwebenden Lohnkämpfe bis zum

Ende dieses Jahres eine weitere Steigerung um 10 Proz. erfolgen wird.

Auf dieser Grundlage ergibt die Berechnung bei einem steuerfreien Lohnbetrag von 140 M. monatlich ein Aufkommen von 1100 Millionen jährlich. Danach würde der sozialdemokratische Antrag scheinbar das Lohnsteueraufkommen um 100 Millionen unter die gesetzlich festgelegte Grenze senken. Aber dieser Ausfall wird tatsächlich nicht eintreten, weil die Lohnentwicklung auch im Jahre 1928 weiter fortschreiten und zu erneuter Steigerung des Lohnsteuerertrages führen wird. Auch kann man hoffen, daß der durchschnittliche Beschäftigungsgrad im Jahre 1928 besser sein wird als im Jahre 1927. Zugleich schließt das Gesetz über die Beschränkung der Einnahmen aus der Lohnsteuer die Verpflichtung ein, daß die Mehrerträge des Jahres 1927 für eine hinreichende Senkung der Belastung verwendet werden. Schließlich muß dafür gesorgt werden, daß die Ermäßigung auch groß genug ist, damit nicht schon nach wenigen Monaten eine weitere Heraushebung der Freibeträge notwendig wird.

Die sachliche Berechtigung und die finanzielle Erfüllbarkeit der sozialdemokratischen Forderung läßt sich danach kaum bezweifeln. Trozdem wird man auf harte Kämpfe gefaßt sein müssen. Das Gesetz über die Beschränkung des Ertrages der Lohnsteuer ist der Reichsregierung und den bürgerlichen Parteien abgezwungen worden. Es hat dort kaum Freunde, dagegen viele offene und noch mehr versteckte Gegner. Die Länder, die unter Bayerns Führung jeden sozialen Fortschritt bekämpfen, verlangen, daß die Reichsregierung die gesetzliche Verpflichtung zur Vorlegung eines Gesetzentwurfes über die Senkung der Lohnsteuer nicht erfüllt. Aber auch die Unternehmer sind Gegner einer Ermäßigung der Lohnsteuer. Sie wollen nicht Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums, sie streben im Gegenteil seine völlige Aufhebung, mindestens bei der Gemeindebesteuerung. Ihr Ziel ist die Entlastung der Besitzenden. Daher wollen sie die Realsteuern abbauen und vor allem die Besteuerung der hohen Einkommensempfänger wesentlich mildern.

So sind auch in der Steuerpolitik die sozialen Gegensätze mit einem Schlag in den Mittelpunkt des Kampfes gerückt. Die Sozialdemokratie als die Partei des Volkes tritt für den Schutz der Schwachen ein. Der Bürgerblock sucht auch hier den kapitalistischen Interessen den Vorrang zu sichern. Stehen die Massen des Volkes hinter der Sozialdemokratie, so wird der Erfolg auf ihrer Seite sein.

Paul Herz.

Finanzierung des Wohnungsbaues

In der letzten Zeit ist viel über die Form der Finanzierung des Wohnungsbaues geschrieben worden. Und wieder sind es die Sparkassen, die diese schwierige Aufgabe lösen. Es sind Normen geschaffen, nach denen die durch die Gesetzgebung einkommenden Erträge dem Wohnungsbau zugeführt werden. Diese Mittel durch freiwillige Zahlungen für die Wohnwirtschaft zu vermehren und damit gleichzeitig einen großen Teil der Bevölkerung hierfür zu interessieren, haben sich die deutschen Sparkassen zur Aufgabe gemacht.

Was bisher in vielen Orten Deutschlands durch Spar- und Bauvereine, Siedlungsgesellschaften usw., also in kleinem Kreise, angebrobt wurde, soll nunmehr durch den alten Träger der Wohnwirtschaft, den Deutschen Sparkassenverband, einheitlich über das ganze Reich durchgeführt werden. Jeder Deutsche soll die Möglichkeit haben, bei jeder Sparkasse Deutschlands ein „Wohnungskonto“ zu eröffnen, das ihn früher oder später in die Lage versetzt, ein eigenes Heim zu erwerben. An einem solchen Konto sollte jeder Deutsche beteiligt sein, in jeder Familie müßte die Sparrätigkeit in diesem Sinne einsehen. Jeder Erwachsene müßte im Interesse der Förderung des Wohnungsbaues Beiträge auf ein solches Konto zahlen.

Am auch die kleinsten Summen zu erfassen, werden Sparkassen von 10 Pf. zur Fällung von Karzen im Werte von 10 M. ausgegeben und bei Erfüllung dem Wohnungskonto gutgebracht. Auf diese Weise werden die vielen kleinen Beträge, die sonst den Sparkassen verschlossen bleiben, diesen nunmehr zugewiesen und kommen, zusammengelegt, der gesamten Wohnwirtschaft zu Hilfe.

Die durch diese Sparrätigkeit aufkommenden Mittel können schnellstens in Wohnungsbau zur Verwendung. Wenn hierbei vorgeesehen ist, daß beim angenommenen Wohnungserzeugungspreis von 10 000 M. vom Erbauer 10 Proz. Eigenkapital, demnach 1000 M., zu erbringen sind und das hier beschriebene Wohnungskonto auf 1000 M. gestellt wird, so kann nach den Bestimmungen nur jedes erfüllte Wohnungskonto berücksichtigt werden. Es können jedoch nach kurzer Sparrätigkeit in oben erwähntem Sinne Wohnungen aus diesen Mitteln erbaut werden. Diese Wohnungen werden nach bestimmten Richtlinien gutgeteilt, und zwar erhalten die Betroffenen ein Darlehen und zahlen auf ihr Konto weiter. Nach Erfüllung ihres Kontos wird das Darlehen gelöst. Erneute Zuweisungen geschehen je nach Ansammlung genügender Kapitalien.

Der Inhaber eines Wohnungskontos tritt demnach mit der Gemeindebehörde zum Zwecke der Erwerbung einer Wohnung in direkte Verbindung und spart alle sonst üblichen Organisationsbeiträge. Rat und Beistand wird jedem Beteiligten direkt erteilt. Die Eröffnung des Wohnungskontos ist nicht von der Gegenseitigkeit gegen die bestehenden Bau- und Siedlungsgesellschaften diktiert. Es soll vielmehr auch dem Bewohner der kleinsten Orte, in

denen eine solche Gründung Schwierigkeiten macht, der Wunsch nach einer eignen Wohnung erfüllt und das Zwedsparen gefördert werden.

Die Errichtung eines Wohnungskontos ist von großer Bedeutung. Der Sparer im allgemeinen machte bisher seine Rücklagen, um in Zeiten der Not eine Stütze zu haben. Der Kontoinhaber spart bewußt zu einem bestimmten Zwecke. Der alte Sparer machte unregelmäßige Einzahlungen, der Zwecksparer aber zahlt regelmäßig. Die bisher verstreut vorhandenen Kapitalien werden nunmehr zusammengefaßt und nach bestimmten Richtlinien und einem großzügigen Programm der deutschen Wohnwirtschaft nutzbar gemacht.

Um auf eine Reihe von Jahren ein Bauprogramm durchführen zu können, sollen alle auf dieses Konto gemachten Einzahlungen auf fünf Jahre nicht kündbar und nicht pfändbar sein. Sie werden zu üblichen Sparzinsfußzinsen verzinst, werden jedoch beim Tode des Einlegers sofort zurückgezahlt. Der Rechtsnachfolger kann aber in die alten Rechte eintreten und weitersparen.

Ist auch für viele das hier angestrebte Ziel noch nicht erreichbar, so ist doch für die Nachwelt der Grundstock für eine soziale Einrichtung geschaffen, die gewiß von unserer Nachkommenschaft freudig fortgeführt werden wird. Es wäre Selbstbetrug, wollte man der Bevölkerung die Möglichkeit darzustellen, in wenigen Jahren allen Bewohnern ein eigenes Heim zu schaffen. Mit festem Willen aber eine solche Tätigkeit systematisch auf ein kleines Menschenalter verteilt, würde sicher jeden Bewohner Deutschlands in den Besitz von Wohnrechten bringen. Das wäre dann Sache der sozialen Gesetzgebung. Da hier ein Zwang nicht vorliegt, ist es nur zu begrüßen, wenn die deutschen Sparkassen zu freiwilligem Tun aufrufen. Darum komme jeder zum Sparen. Jede Gemeindebehörde wird hierüber Auskunft erteilen.

Leipzig.

Karl Linke.

Der technische Fortschritt

Die Einwirkung des technischen Fortschritts auf die wirtschaftliche Entwicklung und besonders auf die Verteilung des Sozialprodukts, ferner seine Wirkung auf den Arbeitsmarkt ist schon immer Gegenstand des schärfsten Interesses gewesen. In den letzten Jahren ist im Zusammenhang mit der Rationalisierung der Industrie die Frage der Freisetzung von Arbeitern durch die Rationalisierung, d. h. durch den technischen Fortschritt in einer bestimmten Form, vielfach erörtert worden. Diese Freisetzung wird in um so größerem Maße erfolgen, je größer der Vorprung des neuen Verfahrens gegenüber dem alten ist. Es wird dann ein Teil der freigesetzten Arbeiterkraft anderswo untergebracht werden müssen und daher mindestens für eine erhebliche Zeit arbeitslos sein.

Jede Änderung der Produktionsmethoden wird Veränderungen im Kostenaufbau der Produktionen mit sich bringen, welche bei gleichzeitiger Verringerung der Lohnsumme in einer bestimmten Industrie entweder Preisreduzierungen zu Ersparnissen der Konsumenten oder ohne Preisreduzierung zu erhöhten Gewinnen führen. Das bedeutet eine Verschiebung in der Verteilung der Kaufkraft. Nur wenn diese so erpante, bei bestimmten Einkommensgruppen neu zugewachsene Kaufkraft sofort wieder auf den Markt kommt, wird eine Störung vermieden werden können. Sie wird sofort wieder auf den Markt kommen, wenn im Betrag der Ersparnis sofort neuer Konsum der letzten Verbraucher möglich ist und erfolgt, oder wenn diese erpante Kaufkraft sofort wieder für Herstellung von Produktionsmitteln investiert werden kann. Das wird nur nicht immer sofort möglich sein. Wenn es nicht sofort möglich ist, so wird entweder eine Veränderung, z. B. Verlangsamung, in der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes eintreten, oder aber es werden sich flüssige Mittel in den Banken ansammeln. Die Bilanz der Banken zeigen uns in der Tat, daß die Beziehung zwischen Noten und Hartgeld sowie den gewährten Krediten schwankt. Sowie, wenn sich der Status der Banken verbessert, d. h. wenn ihre Liquidität sich steigert, ist das ein Zeichen dafür, daß Kaufkraft nicht sofort wieder den Weg in die Zirkulation gefunden hat. Das ist auch nicht verwunderlich, weil ja die Volkswirtschaft und ihre einzelnen Märkte nur bis zu einem gewissen Grade, aber nicht unbeschränkt, elastisch sind. Und Anstieg einer Nachfrage, die als Folge des technischen Fortschritts auftreten kann und meist auftreten wird, bedeutet eben Störungen, die bis zur Arbeitslosigkeit führen können.

Eine solche (vorübergehende) Störung wäre auch in einer sozialistisch organisierten Wirtschaft, die nach einem Plan Bedarfsgüter erzeugt und den gesamten Produktionsapparat planmäßig aufbaut, möglich. Besonders große technische Neuerungen könnten auch in einer solchen Wirtschaft zur Freisetzung von Arbeitskräften führen, die überflüssig werden und nicht sofort wieder an andern Stellen des Produktionsapparats eingesetzt werden können. Aber das wäre für die gesamte Volkswirtschaft nicht mit erheblichen bedrohlichen oder auch nur nachteiligen Folgen verbunden. Denn jeweils bedeutet ja eine solche technische Veränderung, daß der Gesamttrag der Volkswirtschaft mit geringerer Arbeitsaufwendung als bisher erzeugt werden kann. Jeweils bedeutet er, daß das Sozialprodukt größer ist als bisher, und daß zu dessen Erzeugung weniger Arbeit notwendig ist als bisher. Was sollte das schaden können? Man müßte nur überlegen und eventuell besondere Einrichtungen dafür schaffen in Form neuer Produktionsstätten, um

diese erpante Arbeit wieder zu verwenden. Und es könnte bis zur Schaffung dieser neuen Arbeitsstellen Zeit verstreichen. Auch könnte es notwendig sein, Arbeitskräfte für eine neue Produktion umzuschulen. Auch das würde Zeit beanspruchen. Aber in dieser Zwischenzeit wäre doch — das liegt ja im Wesen des technischen Fortschritts — das gesamte Sozialprodukt nicht kleiner, sondern größer als bisher, und niemand in der gesellschaftlichen Wirtschaft brauchte daher in irgendeiner Beziehung mehr Mangel leiden als bisher. Freisetzung wäre daher in einer so gelagerten sozialistischen Wirtschaft nicht mit der Arbeitslosigkeit eines kapitalistischen Systems gleichbedeutend.

Es liegt nun auf der Hand, daß der Umfang dieser Freisetzung im Wesen von der Durchschlagkraft des technischen Fortschritts abhängen wird. Bedeutet er nur eine relativ geringe Verbesserung des Erzeugungsprozesses, z. B. eine Verringerung der Kosten um 10 Proz., so braucht sich im ganzen die Erzeugung nicht sehr zu ändern. Weder in der Produktionsausdehnung noch in der Anzahl der beschäftigten Personen. Ist der technische Fortschritt hingegen grundlegend, bedeutet er eine Revolutionierung der Produktionsmethoden, mit wesentlicher Änderung in der Zusammenfassung von stehendem und umlaufendem Kapital, so wird eine Störung unvermeidlich sein. Sie wird zugleich nach Maßgabe der Senkung des Beschäftigungsgrades auch absolut genommen, nicht bloß hinsichtlich der Verteilung, die Kaufkraft in der Volkswirtschaft beeinträchtigen. Es wird also der technische Fortschritt, je radikaler und je erfolgreicher er ist, zunächst zu Störungen führen, deren Ausmaß für die ganze Volkswirtschaft bedenklich sein kann.

In diesem Zusammenhang ist es nun wesentlich, daß der technische Fortschritt der letzten Jahre geradezu als eine technische Revolution größten Umfangs bezeichnet werden kann, in seiner Intensität und seinem Ausmaß vielleicht nicht geringer als die Steigerung der technischen Möglichkeiten, welche die Schaffung des Eisenbahnnetzes und die Erfindungen Mitte des 19. Jahrhunderts brachten. Die Bedeutung dieser technischen Revolution ist um so größer, als wir schon über einen ganz ausgebauten technischen und Betriebsapparat verfügen, so daß sich die technischen Neuerungen noch rascher als eheben in einer realen Steigerung des Sozialprodukts, nicht nur in Ausblicken auf eine zukünftige Steigerung derselben, ausbrüden können.

Jede technische Neuerung hat aber noch eine andre Seite: Sie besteht ja schließlich in der Schaffung eines Produktionsapparats, zu dessen Aufbau Zeit notwendig ist. Zeit, d. h. auch Arbeitszeit und Materialien, die letzten Endes Ergebnis von Arbeitsleistungen sind. Ein Teil der gesellschaftlichen Arbeit muß also immer auf Vorbereitung künftiger Produktionen verwendet werden, welche technisch fort bestehenden überlegen sind. Ob dieser neue Produktionsapparat dem bisherigen überlegen ist, hängt von seiner technischen Effektivität ab: Der bisherige Produktionsapparat kann als veraltet erscheinen, auch wenn er z. B. erst zwei oder drei Jahre alt, aber eben technisch überholt ist. Das nennt Marx den „moralischen Verschleiß“ des Kapitals. Moralischer Verschleiß des Kapitals bedeutet, daß eine Produktionsanlage ihre „natürliche Lebensdauer“, auf welche hin sie technisch oder wirtschaftlich angelegt ist, nicht erreichen kann.

Der Unternehmer wird sich vor einem solchen moralischen Verschleiß des Kapitals zu schützen suchen, indem er die Abschreibungen erhöht. Er wird anstatt 10 Proz. vielleicht 20 bis 25 Proz. Abschreibungen eininkalkulieren, d. h. einen sehr erheblichen Teil des Reinertrags akkumulieren, um gegebenenfalls einige Änderungen des Produktionsapparats aus eignen Mitteln durchführen zu können und nicht das investierte Kapital einbüßen. Das hat auch der bekannte Industrielle Dr. Silberberg vor nicht allzu langer Zeit in der Generalversammlung einer Braunkohlenverwertungsgesellschaft klar ausgesprochen. Er hat sogar behauptet, heute müßten die industriellen Anlagen in vier bis fünf Jahren ihre Anlagekapital verdienen, um vor dem Tempo des technischen Fortschritts nicht überflügelt zu werden.

Machen wir uns klar, was das bedeutet: Es würde bedeuten, daß Jahr für Jahr 20 bis 25 Proz. des Anlagekapitals der Industrie (ohne Einschluß der Verzinsung!) glatt verdient werden muß, um die Anlagen technisch auf der Höhe zu halten. Oder aber, daß in jedem Jahr der vierte Teil aller industriellen Anlagen (ohne Rücksicht auf den Zuwachs der Produktionskräfte, ohne Rücksicht also auf Erstellung neuer Anlagen) erneuert werden muß. Ganz neue Anlagen werden alles Eisen, die in sie investierte Arbeit ist privatwirtschaftlich ausgelöst, bevor sie noch ihre Leistungsfähigkeit, technisch, eingelebt haben. Ein sehr großer Teil der gesellschaftlichen Arbeit wird stets sofort verwertet werden, um nicht zu veralten. Immer neue Möglichkeiten einer rationaleren Produktion tauchen auf, um in Zukunft noch mehr erzeugen zu können. Aber diese Weiterentwicklung wird immer wieder gehemmt durch neue Fortschritte, welche die Auswirkung des erreichten Höhengrades gar nicht gefastet, sondern zu neuen Evolutionen drängen.

So kann also auch der technische Fortschritt zu rasch sein. Wenn er zu rasch ist, dann wird zwar das Sozialprodukt einer solchen Gesellschaft rasch steigen, aber es wird zu einem sehr großen Teil aus Produktionsmitteln bestehen, und diese Quote der gesellschaftlichen Arbeit, welche der Erzeugung von Produktionsmitteln gewidmet ist, wird nicht sinken, wenn der technische Fortschritt immer neue, höhere Formen der Produktion möglich macht und im kapitalistischen Wettkampf der Nationen erzwingt. So ergibt sich ein bedeutames, zugleich aber sehr schwieriges

Problem der Wirtschaftspolitik: über das Tempo und das Gebiet des wirtschaftlichen Fortschritts zu wachen — ein spezifisches Problem der kapitalistischen Produktion. In der kapitalistischen Wirtschaft ist dieses Problem beinahe unlösbar. So haben sich in interessanter Weise entscheidende Fragen der menschheitlichen Entwicklung verschoben: Früher sagte man, und man sagt heute noch, daß die Toten über die Lebenden herrschen. In der Materie eines technischen Fortschritts, der seinen Sinn zu verlieren droht, könnte man beinahe sagen, daß die noch nicht Geborenen die Lebenden in wachsender Arbeitskraft zwingen. Heidelberg. Prof. E. Lederer.

Korrespondenzen

Annaberg-Buchholz. (Vierteljahrsbericht.) Am 3. Juli wurde unser Jahresfest in Gestalt eines Ausfluges durch das herrliche Zschopausal in Wolfenstein gefeiert. Der größte Teil der Kollegen beteiligte sich daran. In bester Harmonie, begünstigt von schönstem Wetter, nahm es einen schönen Verlauf. — Eine Wanderversammlung nach Sehma am 20. August war ebenfalls gut besucht. Kollege Keimann (Chemnitz) referierte über das Thema „Die neue Gestaltung“ in beifällig aufgenommenem Maße. — Der 28. August brachte eine gemeinsame Fahrt nach Dresden zur Jahresjahra, woran sich 35 Personen beteiligten. Kollege G. Walther (Dresden) sei an dieser Stelle für die gute Führung herzlich gedankt. Ein gut Teil der Mitglieder besuchte außerdem die Papierausstellung einzeln, teils lobenswerterweise auf Kosten des Prinzipals. — Zur Gründung einer Druckerpartei kam es am 17. September. Der Leipziger Kreisvorsitzende hatte gute Vorarbeit geleistet. Kreisvorsitzender Gruert (Leipzig) referierte über „Warum Druckerpartei?“ und Kollege Döbler (Leipzig) über das interessante und beschreibende Thema „Neuzeitliche Drucktechnik“. Außerdem wählten in unserer Mitte die Kollegen Thomas (Leipzig), Schönian und Beyer (Chemnitz). Der jungen Gruppe traten sofort elf Kollegen bei. Als Vorsitzender bzw. Kassierer wurde Kollege Striebel gewählt. Es ist wünschenswert, daß sich alle übrigen Drucker (auch die der Umgebung) anschließen.

Darmstadt. Unsere Bezirksversammlung am 17. September hätte sich eines besseren Besuchs erfreuen dürfen. Das Andenken zweier verstorbenen Kollegen wurde in üblicher Weise geehrt. Unter „Mitteilungen“ gab Vorsitzender Volkart bekannt, daß am 23. Oktober der Film des Bibliographischen Instituts „Geist und Maschine“ zur Vorführung gelangt; desgleichen am 30. Oktober der Wertfilm der Bauerei Gieseler. Wie ein Druckbuchstabe entfiel. Der Vorliegende ermahnte die Kollegen, zu beiden Vorführungen zahlreich zu erscheinen, um so mehr, als an beiden Sonntagen freier Eintritt gewährt werde. Nachdem ein Kollege wegen Betrugs ausgeschlossen worden war, referierte Gewerkschaftssekretär Wilitz über das Thema „Streikfrage durch das Arbeitsrecht unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitsgerichtsbarkeit“. In fünfteiliger Ausführender bestand es der Referent in leicht verständlicher Weise die heutige Arbeitsgerichtsbarkeit der Verammlung vor Augen zu führen. Ausgehend von den schweren Kämpfen, die die Arbeiterbewegung seit langer Zeit zu führen hat, gab er ein klares Bild, wie doch so manches für die Rechte der Arbeiter erungen worden sei. Das nun einmal Erregene festzuhalten und weiter auszubauen, das sei die wichtigste Aufgabe der Arbeiterkraft. Und gerade wir Buchdrucker, die wir auf dem Gebiete des Tarifwesens bahnbrechend und richtunggebend gewesen seien, müßten auch mit dem neuen Arbeitsgerichtsgesetz am besten vertraut sein. Die Verammlung beehrte den Vortragenden mit reichem Beifall. Aus dem Kartellbericht, der von dem Vorsitzenden gegeben wurde, sei besonders hervorgehoben, daß die neu errichtete Gewerkschaftsbergsche „Wanderheim“, Herdweg 28, von den Durchreisenden nicht so benutzt wird, wie es notwendig sei. Die Herberge, in ihrer Einrichtung musterhaft, wurde unter schweren Opfern der Gewerkschaft errichtet. Die Verammlung gab dem Vorschlage des Vorstandes ihre Zustimmung, daß deren Geld als Dreigeschäft an die Durchreisenden nicht mehr ausbezahlt werden soll, sondern durch Überweisung an das „Wanderheim“ durch Abgabe von Guthaben für Übernachtung und Verpflegung die Herberge über Wasser gehalten werden müsse. Diese Maßnahme ist im wohlmeinenden Interesse der reisenden Kollegen notwendig.

Dortmund. (Händler.) Die am 18. September abgehaltene Bezirksversammlung war infolge des schlechten Wetters nicht so besucht, wie es wohl wünschenswert gewesen wäre, dafür war die Debatte aber recht ergiebig. Als Gast war der Vorsitzende der Hagener Handwerker, Kollege Engstfeld, erschienen. Kollege Röhle begrüßte die erschienenen Kollegen und gab unter „Geschäftlichem“ einen ausgiebigen Bericht über die Vorkommnisse in den Handwerkervereinigungen im letzten Halbjahr bekannt. Mit Befriedigung nahm die Verammlung davon Kenntnis, daß jetzt auch in Erford eine Handwerkervereinigung besteht. Die Rahmenverhältnisse sind als überhaupt günstig zu bezeichnen; der vorhandene Überschuß soll den Mitgliedern insofern wieder zufließen können, als er zu einer eventuellen Reise zu der Preisausstellung 1928 in Köln verwandt werden soll. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Über den Punkt „Leistungsanlagen“ entspann sich eine rege und lebhaft Debatte. Über den letzten Punkt „Preise 1928“ in Köln, referierte Kollege Röhle. Es soll versucht werden, in Köln aus Anlaß der Preisausstellung einen Handverkertag für Rheinlands-Westfalen abzuhalten; vorher soll noch eine Vorstandskonferenz stattfinden, die hierzu endgültig Stellung nimmt.

Erlangen. Inste Bezirksversammlung wurde am 18. September im schön gelegenen Gernmannstadt abgehalten. Für den Vormittag war ein Ausflug vorgesehen, der aber infolge des schlechten Wetters nur teilweise ausgeführt werden konnte. Um 1½ Uhr eröffnete Vorsitzender Pfister die Verammlung und begrüßte die Anwesenden. Von 50 Mitgliedern waren 35 erschienen. Die tariflichen Verhältnisse im Bezirk sind im allgemeinen be-

riedigende. Die Druckerei Streit (Kochheim) ist für den Verband verloren. Es stehen dort vier Nichtverbänder und drei Lehrlinge. Der vom Vorstand erstellte Bericht über den Gantag gab der Versammlung ein anschauliches Bild der dort gepflogenen Verhandlungen. Für den Kalenderbericht vom zweiten Quartal wurde dem Kassierer, Kollegen Treier, Entlastung erteilt. Die Regelung einiger interner Angelegenheiten bildete den Schluß der Versammlung. — Sodann ging man zum gemüthlichen Teil über, der die Kollegen noch einige Stunden bis zur Rückfahrt zusammenhielt.

Forst (Causlik). In unserer gutbesuchten Versammlung am 17. September wurde Stellung genommen zu dem am 1. Oktober in Kraft tretenden Lohnverhöhung. In der Aussprache wurde die Zulage in Anbetracht der Verteuerung der Lebenshaltung in den letzten Monaten sowie der Tatsache, daß Forst laut Statistik teurer ist als die meisten Großstädte, von allen Rednern bemängelt und der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß sie längst überholt ist.

Hinzenburg (Oberstl.). Unsere Versammlung am 17. September wurde eingeleitet durch ein Referat des Genossen Strzabio vom Bergarbeiterverband über das „Arbeitsgerichtsgezet“. In klaren Worten schilderte er den Zweck des Arbeitsgerichtsgezetes, die Befugung der Arbeitsgerichte sowie das Verletzen des Verletzten. Das Referat wurde von den Kollegen mit Interesse verfolgt, was die anschließende Diskussion bezeugte. Anschließend wurden vom Vorsitzenden Gohmann einige Eingänge bekanntgegeben; u. a. berichtete er über die geplante Exkursion nach der Königin-Luise-Grube. Für die bevorstehenden Krankentafelwahlen wurde Kollege Berka als Kandidat vorgeschlagen. Kollege Gohmann berichtete hierauf über die letzte Bezirksvorstandskonferenz, die sich hauptsächlich mit der Herbstbezirksversammlung beschäftigte. Vor dieser wurde eine Filmvorführung der Wergenthaler Seilmaschinenfabrik stattgefunden. Es folgte noch die Erledigung interner Angelegenheiten.

Karlzuse. (Drucker.) Den Auftakt zu den technischen Veranstaltungen im kommenden Winterhalbjahr bildete eine großartig durchgeführte und in allen Einzelheiten glänzend verlaufene Besichtigung der Schnellpressenfabrik Albert & Co. in Kranthenthal. Um den Kollegen Gelegenheit zu geben, die Fabrik wenigstens teilweise im Betriebe zu sehen, fand die Besichtigung werktags, und zwar am Sonnabend, dem 17. September, statt. Erstzulicherweise hatten die Kollegen in sehr großer Zahl, auch aus den Kreisorten, der Einladung des Vorstandes Folge geleistet; besonders zahlreich waren unsere Mitglieber aus Freiburg und Lothar erschienen, auch von den Höfen des Schwarzwaldes konnten wir Kollegen begrüßen, die alle von dem Bestreben erfüllt waren, ihre technischen Kenntnisse zu vertiefen und zu vervollkommen. Nach einer herzlichen Begrüßung durch Herrn Direktor v. Trautwein wurden die über 200 Teilnehmer in mehrere Gruppen eingeteilt und in mehrstündiger Führung durch sämtliche Abteilungen von der Schreinerei und Gießerei bis zur Montagehalle geleitet. Besonders Interesse erregten die zelligen Rotationsmaschinen, die Zweifarbenoffset- und Dreifarbenoffsetmaschinen, ebenso die Halbtäglerpresse „Albera“ mit Frontbogenanleger sowie die „Frontrapid“. Beim Ausgang aus der Fabrik erhielten die Kollegen eine Mappe mit Katalogen der Erzeugnisse der Firma. Nach der Besichtigung, die bei allen Teilnehmern einen nachhaltigen Eindruck über den riesigen Fortschritt in der Technik des Maschinenbaues hinterlassen hat, fand im „Rehausa“ ein gemüthliches Beisammeln mit der Fabrikleitung statt. Nach dem Vortrage des Chars „Weiße des Gesanges“ durch die „Typographia“ sprach unser Ehrenvorsitzender, Kollege Krüger, der Firma sowie den Herren, die die Führung übernommen hatten, und den Arbeitern der Fabrik den herzlichsten Dank aus. Herr Direktor v. Trautwein dankte für die freundlichen Worte und sprach seine Freude aus über die zahlreiche Beteiligung. Nach einigen weiteren Rednern der „Typographia“ sowie einigen Vorträgen humoristischer veranlagter Kollegen schlug gar bald die Abschiedsstunde, und der bereitgestellte Sonderzug führte uns wieder nach der badischen Landeshauptstadt zurück. Die Oberländer Kollegen wurden für diese Nacht teilweise bei hiesigen Kollegen, der andere Teil im „Volkshaus“ untergebracht. Ein für den Sonntagmorgen geplanter gemeinsamer Besuch des Stadtgartens wurde leider buchstäblich zu Wasser. Um 11 Uhr fanden sich die Kollegen sehr zahlreich mit ihren Oberländer Gästen im Vereinslokal zu einem gemüthlichen Frühstück zusammen. Mitwirkend waren wiederum die „Typographia“ sowie unser Vereinshumorist, Kollege Weinhardt. Kollege Feichtiger begrüßte besonders die Oberländer Kollegen und betonte das gute Verhältnis zwischen Ober- und Unterland und hoffte, daß der frühere Riß zwischen beiden endgültig verschwunden sei. Kollege Huber (Freiburg) sprach den Dank aus für die Einladung und die gewährte Gastfreundschaft. Nach dem gemeinsam eingenommenen Mittagstisch schlug auch für uns Oberländer Kollegen die Abschiedsstunde. Zum Schluß lei auf an dieser Stelle unser Dank ausgesprochen.

Kempten. Unsere Herbstbezirksversammlung fand am 18. September in Rindenberg statt. In der von 85 Kollegen besuchten Versammlung erstattete Bezirksvorsitzender Oberlein einen ausführlichen Bericht über den 28. Bayerischen Gantag. In der darauffolgenden Diskussion wurden von mehreren Rednern die wichtigsten Punkte einer genaueren Beleuchtung unterzogen. In erster Linie traf die Kritik den abgelehnten Antrag von Kempten, der eine Erhöhung der Verwaltungsprozent für die mittleren Bezirke vorlag. Es wurde betont, daß sich die Großstädte immer mehr Majorität in den Gantagen sichern, auf Kosten der Bezirke. In erster Linie bewirkte dies die Stimmenmehrheit auf Grund der Delegiertenüberzahl nach oben, und so sei von vornherein eine Satzungsänderung durch die Bezirke delegations unmöglich. Wenn hier nun seitens der Großstädte die so sehr gerühmte Kollegialität mit etwas mehr Idealismus für die Provinzkollegen durchwirkt würde, so könnte das nur unsern Verbande dienlich sein. Einen vielbesprochenen Punkt auf unsrer Bezirksstagung bildete die Lehrlingsfrage. Eine herbe Rüge

erfuhr dabei das Verhalten der Handwerkskammer von Schwaben und Neuburg zur neuen Lehrlingsordnung, die von derselben Kammer bereits zehn Monate genehmigt ist. Trotdem sind noch Fälle zu verzeichnen, die man energisch zurückweisen muß. Bis heute ist an die Bildung von Unterarbeitsämtern sowohl als an die Herausgabe der gedruckten Ordnung noch nicht gedacht worden. Das alles soll an einem starrköpfigen Prinzipal liegen. Es wäre an der Zeit, daß hier dem Bureaunkritismus aus dem Sessel geholt würde. Als eine eminente Agitationsfeier wurde der zu Pfingsten 1928 in Lindau abzuhaltende „Bodenfelderänderbrudertag“ noch einer kurzen Aussprache unterzogen. Die hauptsächlichsten grundlegenden Fragen sind bereits von der Vorstandschaft Kempten-Lindau geregelt und Bezirke an alle in Betracht kommenden Orte von Bayern, Württemberg, Baden, Österreich und der Schweiz verandt worden. Es sei auch an dieser Stelle an alle süddeutschen Kollegen der Appell gerichtet, sich unter hauptsächlichster Mitwirkung ihrer Kollegengesangsvereine an diesem großen kollegialen Treffen zu beteiligen. So ging die Tagung zu Ende, zu deren Einführung in den Disziplinen ein Film der Firma C. Schwarz (Leipzig), betitelt: „Ein galvanoplastischer Großbetrieb“, gezeigt wurde. Mit großem Interesse wurde die Darbietung aufgenommen. Auch an dieser Stelle sei der Firma C. Schwarz bestens gedankt; ebenso dem Kinobesitzer für die kostenlose Vorführung. Für die nächste Bezirksversammlung wurde als Tagungsort Kempten festgelegt. — Nach der Versammlung vereinigten sich die Kollegen noch zu frohem Beisammeln.

Leonberg. Am 17. September fand hier unsere diesjährige Bezirksversammlung statt. Vom Gauvorstand waren anwesend die Kollegen Klein und Heintke. Nach einigen Begrüßungsworten des Kollegen Spengler behandelte Kollege Klein in seinem Vortrag soziale und wirtschaftliche Fragen. Am Schluß seiner Ausführungen ermahnte er die Anwesenden, die Kollegialität in weitestgehendem Maße zu pflegen, und zwar nicht nur in Worten, sondern auch durch die Tat. Hierbei wies er auf das Wanderschaftsjubiläum der beiden 70jährigen Kollegen Metz und Durst aus Stuttgart hin, das vor einigen Tagen hier, im Beisein von ungefähr 60 Kollegen, Freunden und Bekannten der beiden Jubilare, festlich begangen wurde. Die beiden Jubilare gingen vor fünfzig Jahren von Stuttgart aus auf die Reise und haben hier zum erstenmal Quartier bezogen. Dieses Jubiläum sei ein Zeichen echter Freundschaft und Kollegialität gewesen. Lebhafter Beifall lohnte die vortrefflichen Ausführungen. Aus der Mitte der Versammlung kam der Vorschlag, der einstimmig angenommen wurde, dem Verbandsvorstand folgende Resolution anheimzustellen: „Die Versammlung der Buchdrucker des Leonberger Bezirkes steht in dem Hochauflage von 1 M. in der Spitze, der am 1. Oktober 1927 tarifmäßig in Kraft tritt, keinen Ausgleich zur Teuerung. Sie wünscht vom Verbandsvorstand Maßnahmen, die diesen minimalen Ausgleich auf die Höhe bringen, die der Teuerung angepaßt ist.“

Mannheim. In unsrer Bezirksversammlung am 17. September hielt nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten Herr Dr. Friedemann einen Vortrag über „Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“. Der Vortragende vertrat es in ausgesprochener Weise, seine Zuhörer während des ganzen Vortrages, in dem er in der Hauptsache Entfischung und Verlaul sowie die furchtbaren Folgen bei nicht rechtzeitiger ärztlicher Behandlung unter besonderer Betonung der neuen diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen behandelte, zu fesseln. Aus dem Bericht der Bezirksstafte ging hervor, daß das Vermögen am Ende des zweiten Quartals 1927 7574,29 M. betrug. Ein Ausfchlußantrag, der zwecks nochmaliger Prüfung schon einmal zurückgestellt wurde, fand durch Zustimmung sämtlicher Anwesenden seine Erledigung. Der Bericht des Bibliothekars ließ erkennen, daß unsre Bibliothek eine begründete Erweiterung erfahren hat und daß die Zahl der Leser und entlehnten Bücher stark im Zunehmen begriffen ist. Unter „Beschriebenem“ wurde der Vorstand beauftragt, einige unentbehrliche Erscheinungen betreffs Überstunden im Wort des Schwelgenen rasdmöglichst zu beseitigen. Ein Hinweis des Vorsitzenden Uhrig auf das Anwachsen des Restantenwens und ein Appell an die Mitglieber, zur Beseitigung dieses Mißstandes mitzuhelfen, bildeten den Schluß der Versammlung.

Odenburg. Am 18. September fand unsre Herbstbezirksversammlung in Weßla statt. Von den 400 Bezirksmitgliedern waren 70 Proz. erschienen. Der Gesangsverein „Gutenberg“ (Odenburg) brachte eingangs die Verbandshymne stimmungsvoll zum Vortrag. Sodann gab Vorsitzender Albers den Geschäftsbericht. Die Verhältnisse im Bezirk seien gut. Die von der Handwerkskammer durch die „Mitarbeiter“ eines Buchdruckers angenommene Lehrlingsordnung sei in dieser Form für uns unannehmbar. Der Verband lehne die Stellung von Mitgliebern zu den Fachausfchüssen ab. Sodann kam der Vorschlag auf die ständig steigenden Lebenshaltungskosten zu sprechen. In der anschließenden Aussprache nahmen alle Redner zu der Teuerung Stellung. Eine Entschlieung an den Verbandsvorstand, in der der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß der Verbandsvorstand alle Möglichkeiten erschöpft, um trotz unsrer Lohnabkommens eine der Teuerung angemessene Lohnzulage zu bekommen, fand einstimmige Annahme. Kollege Albers hielt sodann einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Gewerkschafter und Genossenschaftsbewegung“. Die einzelnen Abteilungen der Genossenschaften, wie Warenabgabe, Volksfürsorge, Arbeiterbank, darlegend, brachte er an zahlreichen Beispielen zum Ausdruck, daß durch den geschlossenen Willen aller Gewerkschafter der Weg bereitet würde zur Gemeinwirtschaft. Auf Antrag der Mitgliedschaft Nürtingen-Wilhelmsbach wurde beschlossen, der nächsten Bezirksvorfchertskonferenz anzudeuten, obfern 1928 eine Fahrt aus dem Gau Nordwürt zur Besichtigung des Verbandshauses in die Wege zu leiten. In ähnlicher Weise soll für Interessenten eine Fahrt zur Besichtigung der „Pressa“ in Köln vorbereitet werden. Der Gesangsverein sang zum Schluß „Lied Joseph“, und in einer wirkungsvollen Schlussansprache brachte unser Gauvorsitzer Fißerp zum Ausdruck, bei kommenden innerpolitischen Ereignissen durch den Stim-

mettel zu dokumentieren, daß die Buchdrucker nicht gewillt sind, das von ihnen wirtschaftlich Erreichte sich wieder politisch nehmen zu lassen.

Schweinfurt. Am 18. September fand hier eine Bezirkslehrlingskonferenz statt, verbunden mit einer Ausstellung von Druckfahen und Werken der Böhmergilde Gutenberg sowie Werbematerial. Kollege Leiding, Gewerbelehrer der Fachschule Nürnberg, referierte in fast zweistündigem Vortrage über „Lehrlingsbildung, Lehrlingsordnung usw.“ und erzielte von der aufmerksamsten Zuhörerfchaft wohlverdienten Beifall. Der Besuch der Eltern von Lehrlingen und von Gesellen hätte besser sein dürfen in Anbetracht des hochaktuellen Themas. Erhienen waren aus Schweinfurt 15, Bad Kissingen 4, Gerolzhofen und Hofheim je ein Lehrling. Einige Orte des Bezirkes waren leider nicht vertreten. Es wird aber erwartet, daß die nächste Veranstaltung von auswärts sich eines besseren Besuches erfreuen wird. Nachmittags 1 1/2 Uhr fand die Bezirksversammlung statt, die von auswärts gut besucht war, während die Schweinfurter Kollegen zum Teil (hauptsächlich die notorischen Schwärzer) durch Abwesenheit glänzten. Bezirksvorsitzender Brünn erstattete in klarer Weise den Bericht vom bayerischen Gantag. Die für das Frühjahr 1928 abzurufende Bezirksversammlung findet laut Beschluß in Gerolzhofen statt.

Schwern i. M. Unsere Bezirksversammlung am 11. September in Boizenburg stand, was Besuch und Darbietungen betrifft, unter einem guten Stern. War doch schon der Vorort mit fast 100 Kollegen angetrieben. Die rührigen Boizenburger Kollegen hatten es sich nicht nehmen lassen, die auswärtigen Kollegen bereits am Bahnhof mit Müst zu empfangen und mit munteren Weisen zum Versammlungsort zu geleiten. Die eigentliche Tagung begann um 9 1/2 Uhr mit Begrüßungsworten des Vorsitzenden Kopsch, Begrüßung und Prolog von Boizenburger Kollegen. Ehrend gedacht wurde eines Verstorbenen. Die Bezirksstafte ergab ein sehr günstiges Bild. Mit den Bemilligungen hatte es nach diesem Resultat keine Not: U. a. erhielten die Inwaliden 20 M., die in der Versammlung angewandten arbeitslosen Kollegen 3 M. Auch das Mittagessen wurde wieder auf die Kasse übernommen. Die Berichte der Orte ergaben außer dem Vorort nichts Besonderes. Hier herrscht, im Gegenfah zu den Bezirksorten, und, wie Kollege Zahne noch mitteilte, im Gegenfah zum ganzen Gau, eine prozentual hohe Arbeitslosigkeit. Eine Schilberung von der Besichtigung der Schweriner „Regierungsdruckerei“ ergab ein düsteres Bild. Kollege Sietmann brachte noch Interessantes von der Gewerkschaftskonferenz und der Ausstellung „Das junge Deutschland“. Hierauf ergriff der Gewerkschaftssekretär Langanke (Hamburg) zu zwei wichtigen Themen das Wort: 1. Arbeitsvermittlungsgesetz und Arbeitslosenversicherungsgesetz, 2. Arbeitsgerichtsgezet. Redner verstant äußerst fesseln und interessant den Kollegen diese Geetze auseinanderzulegen. Nach einer kurzen Diskussion und dem Schlußwort des Referenten folgte dann die Mittagstafel. — Nachmittags fand ein Spaziergang in die schöne Umgebung Boizenburgs statt, der im „Fahhaus“ zur Stärkung unterbrochen wurde. Später traf sich alles nochmals im Tagungslokal, und abends dampften die auswärtigen Kollegen mit der Gemüthlichkeit, einen Tag im Sinne der Gewerkschaftsarbeit und der Kollegialität hinter sich zu haben, ihren Heimorten zu.

Stuttgart. Eine zweite Bezirksvorfchertskonferenz am 14. August nahm die Anstellung eines Gaubeamten vor. Von 37 Bemerbern ging Kollege Otto Lieber, der bisherige Vorsitzende des Ortsvereins Eßlingen, durch einstimmigen Beschluß aus der Wahl hervor. Eine Bezirksratensmannerversammlung am 24. August hatte einen schließlichen Besuch aufzuweisen. Die Säumigen wurden in den „Mittelungen“ auf ihre Pflichten hingewiesen. Eine Berichterstattung über obige Konferenz durch den Kollegen Klein schloß sich an. In der Zwischenzeit haben die Handwerkskammer Neutlingen, Ulm und Heilbronn sich zur Annahme unsrer Lehrlingsordnung entschlossen und bemühen sich, dieser unparteiischen Geltung zu verschaffen. Die Stuttgarter Kammer hat keine Eile. Sie hat an den Bereschungen und deren Nachwehen ihres lehrerigen Vorsitzenden Wolf und des Syndikus Dr. Gebhard, die nach langem Warten endlich verhaftet worden sind, zu taugen und daher keine Zeit, den Buchdruckern zu einem geordneten Lehrlingsrecht zu verhelfen. Aber auch hier läßt sich deutschlandweite Rückständigkeit auf die Dauer nicht aufrechterhalten. Bei der Aussprache wurde die Wahl des Angefstellten durch den kleinen Kreis bemängelt, weil dabei die Stuttgarter Kollegen keinen Einfluh ausüben konnten. Urwahl sei notwendig für solche Anstellungen. Gegner wurde Änderung des Gantatuts und jedes Jahr die Abhaltung eines Gantages gefordert. Ein Vortrag des Sekretärs Eichler vom Deutschen Metallarbeiterverband führte die Anwesenden in das Arbeitsgerichtsgezet ein. Reicher Beifall bewies, wie es der Redner verstanden hatte, die Anwesenden mit diesem Vortrag in die schwierige Materie einzuführen. — Unsere Versammlung am 16. September ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken von drei verstorbenen Kollegen. Kollege Klein fand aus Anlaß der Werbewache der Böhmergilde Gutenberg Worte der Anerkennung für deren Willen und Schaffen. Ein kräftiger Aufruf zum Beitritt bildete den Wiederfchlag. Die am 1. Oktober in Kraft tretende Verbesserung um 1 M. in der Spitze fand die Versammlung als längst durch die Teuerung überholt. Vom sozialen Verstandnis und Entgegenkommen der Prinzipale wird es abhängen, ob nicht anderweitige Maßnahmen zwecks Lohnserhöhung unternommen werden mühten. Eine Aussprache über die Krankentafelwahlen mit Vorschlägen der Kandidaten bildeten den Schluß der Vereinsmitteilungen. Zum zweiten Punkt hielt Arbeitsekretär Ehrhart einen Vortrag über: „Die Bedeutung der sozialen Wahlen“. Den Krankentafelwahlen als dem Schlußpunkt und Wahlkörper sämtlicher Organe der Sozialversicherung wünschte Redner stärkere Beteiligung. Der Ortsausfchuh des ADGB, wird durch zulässige Dezentralisation der Wahllokalen es den Arbeitern so leicht wie möglich machen, ihre Stimme abzugeben. Die Wahl vor vier Jahren hatte bestimmende Beteiligung aufzuweisen, da von rund 150 000 Mitgliebern nur 20 000 freie Gewerkschafter

und 5000 Christliche abgestimmt haben. Dementsprechend fiel die Befehung des Kassenvorstandes und der andern mit dieser Wahl zusammenhängenden Stellen aus. Die sachgemäßen, gründlichen Ausführungen des Redners lösten reichen Beifall und eine auf der Höhe stehende Ausprache aus. Die Redner ergänzten durch Eintritt für reifliche Beteiligung an der Krankentassenwahl die Ausführungen des Vortragenden. Einen Schwabenstreich zog letzterer aus Tageslicht. Der Bezirk Cannstatt ging vor vielen Jahren durch Eingemeindung nach Stuttgart und Einteilung in verschiedene umliegende Oberamtsbezirke auf. Nur die Bezirkskrankentasse Cannstatt lebt oder vegetiert dem jüngsten Gericht entgegen, um damit zu beweisen, daß die Kranken zwar sterben, aber ihre Kassen doch leben können. Auch der Anflug mit den Präsidentenstellen an der Landesversicherungsanstalt fand Erwähnung. Wir müssen einen Präsidenten entlassen, außerdem einem zur Ruhe gehesten Präsidenten und ferner noch der Witwe eines gewissen Präsidenten ihr Ruhegehalt bezahlen. Dabei werden diese Herren erst in hohem Alter auf diese Posten gehoben. So drückt sich der Staat, dem diese Beamten ihre meisten Dienstjahre gewidmet, von der Auszahlung des Ruhegehalts und überläßt dies den Versicherern. Bequem und billig für den Staat als Arbeitgeber, ist ein solcher Abschluß, ob moralisch haltbar, jedoch die andre Frage. Im Schlußwort dankte Kollege K l e i n für die inhaltreichen Ausführungen und ersuchte um reifliche, energische Werbung für Wahlbeteiligung zur Krankentassenwahl.

Wiesbaden - Viebrich. (M a s c h i n e n s e h e r.) Die Wanderversammlung der Bezirke Wiesbaden, Mainz und Darmstadt am 11. September hatte einen schlechten Besuch zu verzeichnen. Vorsitzender P r e i s i n g (Mannheim) gab einen Rückblick über das letzte Geschäftsjahr. Er sprach dem früheren Vorsitzenden der Gauvereinigungen, Kollegen Dunkel (Mannheim), für seine Geschäftsführung Dank aus. Der Kassenbericht des Kollegen V a n n e r t ergab eine Einnahme von 2267,19 M. und eine Ausgabe von 1359 M. Der Mitgliederbestand im Gau beträgt 435 Kollegen. Die Situationsberichte der einzelnen Bezirke ergaben viel Interessantes. Ganz besonders wurde der schlechte Verfallungsbesuch durch die jüngeren Kollegen bemängelt. Auch wurde im allgemeinen über die Lohnverhältnisse Klage geführt. Ferner wurde Klage geführt über solche Kollegen, die zureiten, ohne beim zuständigen Gauvorsteher anzufragen. Bei diesen Kollegen müßte die statistischen Bestimmungen in voller Schärfe angewendet werden. Die Konjunkturen in den Betrieben war eine gute, was auch durch die Aufstellung mehrerer Maschinen bestätigt wird. Anschließend an die Berichte hielt Kollege P r e i s i n g einen instruktiven Vortrag über die „Interippe“, reichhaltiges Bildmaterial wurde von der Interippe-Fabrik zur Verfügung gestellt. Dem Vortragenden wurde für seine Mühe reichlicher Beifall zuteil. In der anschließenden Diskussion wurde u. a. darauf hingewiesen, daß ein Vortrag an Hand von Bildern nur dann Wirkung hätte, wenn ein Lichtbildapparat zur Verfügung stände. Nachdem noch einige gefällige Angelegenheiten erledigt worden waren, schloß Kollege P r e i s i n g die Wanderversammlung mit Dankesworten an die Teilnehmer. — Ein gemächliches Zusammensein hielt die Kollegen noch bis zur Abfahrt zusammen.

Münsterburg. Sehr gut besucht war unsere V e r s a m m l u n g am 13. September, in welcher der Bericht vom 28. ordentlichen Goutag in München gegeben wurde. Es war die erste Versammlung, die in dem von den freien Gewerkschaften erworbenen und aufs beste ausgestatteten Gewerkschaftshaus (früher Hotel Goldschmidt) abgehalten wurde. Eingeleitet wurde die Versammlung durch den vom Buchdrucker-Gewerkschaften gut zum Vortrag gebrachten Uffmannschen Chor „Unser Lied“. Nachdem die Aufnahmen von zwei Mitgliedern vollzogen, erstatteten uns drei Delegierte den Bericht vom Goutag. Kollege S c h u m a c h e r hatte die Berichtserstattung über die Verhandlungen des Plenums übernommen. In ausführlichster Weise gab er ein Bild von den umfangreichen Arbeiten des Goutags. Er faßte sein Urteil dahin zusammen, daß der Goutag tüchtige Arbeit geleistet. Wichtige sei so ziemlich alles erfaßt, was für den Verband in Betracht kommt, jetzt müßte darum das Hauptaugenmerk darauf gerichtet sein, die gewerkschaftlichen Grundzüge zu vertiefen. Hierzu böte namentlich die Sozialversicherung mit ihren vielen Neuerungen ein lohnendes und dankbares Feld. Kollege G e b e r t ergänzte die Ausführungen, hierbei die optimistischen Ansichten der Mitglieder über unsere Invalidentasse nach den Ausführungen unseres Verbandsvorsitzenden Kollegen Selz an dem Goutag im rechten Licht zu zeigen. Kollege S c h u m a c h e r berichtete über die Kommissionsverhandlungen, die sich mit der Neubefestung des Gauvorstandes zu befassen hatte. Die Wahl des zweiten Gauvorstehers fiel auf unseren ersten Vorsitzenden Kollegen Ebert. Zwar hat der Goutag durch die Wahl einen guten Griff getan, aber für die Mitgliedschaft ist das — wie der Referent und ein Diskussionsredner ausführten — ein schwerer Verlust, denn wie selten einer hat sich Ebert der allgemeinen Achtung und Beliebtheit erfreut. Nachdem noch beschlossen worden war, einen Teil der Vereinskasse in dem in eigener Regie verwalteten Gewerkschaftshaus anzulegen und auch dort ein Bureau zu mieten, erfolgte noch die Erledigung von lokalen Angelegenheiten.

Allgemeine Rundschau

Nachnamenswerte Beispiele. Aus Anlaß seines 50. Geburtstages ließ der Buchdruckerbesitzer Herr C o r g K ö n i g, B e r l i n N O 43, Georgenkirchstraße 22, an sämtliche Mitarbeiter und Angestellte die kartierte Summe von 10 000 M. verteilen, und zwar vom niedrigsten bis zum höchsten bezahlten Arbeiter je 35 M. In einer Ansprache betonte der Prinzipal, daß er in allen Mitarbeitern erst den Menschen sehen wolle, um gegenständig als Mensch zum Menschen im edelsten Sinne des Wortes zu sprechen. Die Betriebsvertretung konnte erwidern, daß sie bemüht sein werde, die im Wirtschaftsleben entstehenden Differenzen durch Verständigung beizulegen. — Mit einem Geschäftsausflug auf den 1240 m hohen Schauinsland bereite die Firma Verlagsdruckerei B ä r & B a r t o l o (Zuh. Friedrich

Bär), Freiburg i. Br., ihrem Personal am Dienstag, dem 11. Oktober, einen genussreichen Tag. Gependetes Frühstück im Rathhaus, Mittagessen im Giechhöl mit allerlei Aberrationen und einem kleinen Tanzgenießen dem Tag das Gepräge. Nach einem Abschiedsbum im „Engel“ in Langacker ging es wieder den heimatischen Bonaten zu, erfüllt von Freude und neuer Arbeitslust. — Anlässlich des 200jährigen Bestehens der S. L. Brönnerischen Druckerei (Anhaber Breidenstein) in Frankfurt a. M. wurde an das rund 150 Köpfe starke Personal je ein Wochenlohn als Jubiläumsgeld ausgezahlt. Außerdem veranstaltete der Inhaber auf Geschäftslokalen ein Festessen mit anschließendem buntem Abend, zu dem das Personal nebst seinen Damen eingeladen war. Aus diesem Anlaß wurden drei Kollegen mit der Silbernen Verdienemedaille des Deutschen Buchdrucker-Vereins für über 25jährige Dienste in der Firma ausgezeichnet.

Ausstellung „Das Unfallverhältnis“. Wie uns aus Nürnberg zweis Berufständigung mitgeteilt wird, zeigt der dortige Buchgewerbeaal in seiner 32. Ausstellung, die vom 23. Oktober bis 6. November in der Bayerischen Landesgewerbeanstalt stattfindet, an mehr als 200 Bildern, wie der Gedanke der Unfallversicherung auf den verschiedensten Gebieten graphisch zur Darstellung kommt. Diese neuartige Ausstellung soll auch zur Erkenntnis der Unfallgefahren und deren Vermeidung beitragen, so daß die Beteiligung jedermann empfohlen werden kann. Der Eintritt ist frei.

Die meistgekauften Bücher. Nach dem Vorbild der von den englischen und amerikanischen Buchhändlerorganisationen in regelmäßigen Abständen veröffentlichten „Bestseller“-Listen will die „Literarische Welt“ von jetzt an jeden Monat auf Grund der Angaben einer Reihe leitender deutscher Sortimenter die meistgekauften Bücher verzeichnen. Für September sind es die folgenden: Hesse, „Der Steppenwolf“, Alfred Neumann, „Der Teufel“, Gunnar Gunnarsson, „Die Leute auf Borg“, Galsworthy, „Der silberne Kessel“, Galsworthy, „Jenseits“. Gleichzeitig wird ein Preis für die beste Verdeutschung der Bezeichnung „Best-seller“ ausgesetzt.

Historische Wetterdienstleistungen. Unter dieser Überschrift brachte vor kurzem der „Zeitungsverlag“ geschichtliche Erinnerungen über die Einführung des Kurses und der Wetterkarte in den Zeitungen. Namentlich der Wetterbericht und die Wetterkarte sind in den letzten Jahren, in denen so viele Katastrophen vorkamen, dem Zeitungsleser immer wichtiger geworden. Mander richtet seinen Blick in erster Linie auf die Wetterkarte, um sich aus ihr über die voraussehbare Wetterlage zu unterrichten. Die regelmäßige Veröffentlichung einer Wetterkarte erfolgte zuerst am 14. Juni 1849 in der englischen Zeitung „Daily News“. Und zwar war es der englische Meteorologe James Glaisher, der die Veranlassung dazu gegeben hatte, auf Grund der telegraphisch übermittelten Wetterbeobachtungen eine Wetterkarte anzufertigen und sie den weitesten Kreisen durch Veröffentlichung in der Tagespresse zugänglich zu machen. Die Einbürgerung dieser neuen Spalte des Zeitungswesens wollte sich zunächst nicht recht durchführen, weil die Organisation des europäischen Wetterdienstes fehlte. Am 14. November 1854 wurden während des Krimkrieges die Klotten der Alliierten im Schwarzen Meer durch einen Sturm in große Gefahr gebracht. Das französische Einheitschiff „Sentry“ wurde zerstört. Auch ein Militärslager am Lande wurde vernichtet. Wissenschaftler wiesen im Anschluß an diese Katastrophe auf die Wichtigkeit der Organisation eines europäischen Wetterdienstes hin; sie erklärten, daß es bei dem Vorhandensein eines solchen Wetterdienstes möglich gewesen wäre, Vorkrisen zu treffen, um die Katastrophe zu verhindern. Alsbad wurden Vorbereitungen zur Durchführung der Anregung aufgenommen. Frankreich ging hier voran. Der französische Astronom Leverrier nahm die Organisation des Wetterdienstes für Frankreich im Jahre 1863 auf. Bald schlossen sich die andern Kulturstaaten an.

Ausstellung der Manuskripte Jolas. Wie aus Paris berichtet wird, fand anlässlich der 25. Wiederkehr des Tages, an dem der berühmte Schriftsteller Emile Zola seinen Tod fand — er erstickte in seiner Wohnung infolge Ausströmens von Gas — eine Ausstellung seiner Manuskripte in der Pariser Nationalbibliothek statt. Die Ausstellung umfaßte die eigenhändige Niederschrift einiger der besten Werke Jolas, wie „Der Festtritt des Abbé Mouret“, „Der Zusammenbruch“ und „Der Totschläger“. Das letztgenannte Manuskript ist über und über mit roten Bleistiftspitzen bedeckt, und auf jeder Seite kann man sehen, wie sehr Zola den ursprünglichen Text seiner Arbeiten veränderte und erweiterte. Auf der Ausstellung erblühte man auch ein Exemplar der „Abende von Medan“ mit einer Eintragung von Guy de Maupassant und einer eigenhändigen Niederschrift der Rede, die Anatole France am Grabe Emile Jolas hielt.

Die Beteiligung Italiens an der „Bressa“ in Köln. Am 12. und 13. Oktober weilten der italienische Regierungskommissar für die Internationale Bressausstellung, Kommandore Dr. Bressa, und der Vorsitzende der italienischen national-fachistischen Berlegervereinigung, General Bellero, in Köln, um mit der Ausstellungsleitung der „Bressa“ die näheren Abmachungen wegen der italienischen Beteiligung an der „Bressa“ zu treffen. Die Herren waren erkrankt über die großzügige Anlage der Ausstellung und erklärten nach einer eingehenden Besichtigung des Ausstellungsgrundes und des für Italien belegten Teiles des Staatenhauses, daß sie der italienischen Regierung eine umfangreichere Beteiligung an der „Bressa“ als bis jetzt vorgezogen gewesen sei, vorzuschlagen würden.

Die Abonnementversicherung und das Wandergewerbe. Für die Ausbreitung der Abonnementversicherung war der § 56 der Gewerbeordnung, der das Gelbitzen von Versicherungszeitstrafen im Umherziehen verbot, ein großes Hindernis. Der Preussische Pressedienst machte vor einiger Zeit auf einen Erlaß des Preussischen Ministers des Innern vom 14. Juli 1927, betreffend Werbung für Abonnementversicherung im Wandergewerbe, aufmerksam. In diesem Erlaß heißt es u. a.: „Ein rechtlicher Grund, den Abonnementversicherungen der unter II (Beauftragte Abonnement-

versicherung) genannten Art Schwierigkeiten zu bereiten, besteht nicht. Im Gegenteil, da auf diese Weise der Versicherungsgebanke Bevölkerungsfreien nahe gebracht wird, die andernfalls den wirtschaftlichen Vorteilen einer Versicherung teils Verständnis entgegenbringen würden, verdienen derartige Unternehmungen die Förderung der Behörden.“ Nun erfahren wir, daß in einem neuen Erlaß des Preussischen Ministers des Innern vom 2. September 1927 dieser Runderlaß dahin berichtigt wird, daß der angeführte Satz von „Im Gegenteil“ bis „Behörden“ zu streichen ist. Von einer Förderung der Beauftragten Abonnementversicherung durch die Polizeibehörden ist also keine Rede mehr. Im übrigen haben wir uns Leser auf die Ungültigkeit der Zeitschriftenversicherung wiederholt aufmerksam gemacht.

Die Verwaltungskosten der Krankentassen. Auf der Tagung der Gesellschaft deutscher Metallhütten und Bergleute äußerte das geschäftsführende Präsidiumsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Geheimrat Rastl, am 11. September u. a., daß auf dem Gebiete der Krankenversicherung nur 65 Proz. an Krankengeldern gezahlt würden, das übrige verfallende die Verwaltung. Wie uns der Hauptverband deutscher Krankentassen hierzu mitteilt, ist Geheimrat Rastl — gefinde gesagt — einem Irrtum zum Opfer gefallen. Die von ihm angegebenen Zahlen treffen zwar auf die private Krankentassenversicherung zu, nicht aber auf die gewerkschaftlichen Krankentassen. Nach den neuesten Ergebnissen der amtlichen Reichsstatistik für das Jahr 1925 wurden an Krankengeld und andern Leistungen von den reichsgewerkschaftlichen Krankentassen 42,7 Proz. an Sachleistungen 49,7 Proz. der Ausgaben aufgewandt, während für die Verwaltung 0,8 Proz. verwendet wurden. Zur Bildung einer neuen Rücklage, die gewerkschaftlich vorgeschrieben ist und die besonders für Epidemieverfälle die Leistungsfähigkeit der Krankentassen sichern soll, wurden 5,8 Proz. der Ausgaben aufgewendet. Für das Jahr 1926 liegt eine amtliche Statistik noch nicht vor. Sie dürfte sich aber von der für das Jahr 1925 nicht erheblich unterscheiden.

Verlegung des Sitzes der Amsterdamer Internationalen. Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat das Bundessekretariat beauftragt, einen eingehenden Bericht über eine Verlegung des Sitzes der Amsterdamer Internationalen und über die Wahl des Generalsekretärs sowie über alle hiermit zusammenhängenden Punkte auszuarbeiten. Die Vorschläge des Sekretariats sollen in einer vom Vorstande noch zu beschließenden Fassung der verschiedenen Landeszentralen zur Vorbereitung ihrer Stellungnahme und der vom 17. bis 20. Januar in Berlin tagenden Ausschusstagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes als Grundlage für eine endgültige Entscheidung dienen.

Weiterer Rückgang der Erwerbslosenziffer. In der zweiten Septemberhälfte ist die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger, von 303 000 auf 286 000 zurückgegangen, die der weiblichen von 78 000 auf 69 000, die Gesamtzahl von 381 000 auf 355 000. Der Gesamtrückgang beträgt also rund 26 000 gleich 6,8 Proz. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Familienangehörige) hat sich im gleichen Zeitraum von 426 000 auf 406 000 vermindert. Der Gesamtrückgang in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Monat September beträgt rund 49 000 gleich 12,1 Proz. Aber die Krisenfürsorge liegt eine neuere Zahl nicht vor.

Voderung der Wohnungswirtschaft. Der preussische Minister für Volkswohlfahrt hat unterm 4. Oktober eine Verordnung über die Voderung der Wohnungswirtschaft erlassen und sie dem preussischen Staatsrat zur Kenntnisnahme überfandt. Durch die Verordnung wird eine Teilung großer Wohnungen zur Schaffung neuer Wohnräume begünstigt. Die neuen Bestimmungen sehen vor, daß durch Teilung gewonnene Wohnräume, wenn die alte Wohnung fünf Zimmer oder mehr umfaßt, nicht der Beschlagnahme unterliegen sollen. Als neue Wohnung gilt auch der Teil der bisherigen Wohnung, in dem eine Küche vorhanden war. Die Gemeinden haben damit die Möglichkeit erhalten, einen gewissen Druck auf die Besitzer großer Wohnungen auszuüben, um durch Teilung der alten und bauliche Herrichtung der neuen Wohnungen dem Wohnungsmangel entgegenzutreten. Die Verordnung ist natürlich nur als Palliativmittel zur Linderung der herrschenden Wohnungsnot zu bewerten, zumal die Mieten für die neu geschaffenen Wohnräume der Zwangswirtschaft nicht unterliegen und infolgedessen wohl sehr hoch sein werden.

Patentschau

Zusammengestellt vom Patentingenieur Gustav Weber, Ham D 9, Hofstenwall 8, welcher den Lesern unseres Blattes Auskunft und Rat in allen Angelegenheiten des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes sowie der Wertung von Schutztiteln bereitwillig erteilt.

Patentmeldungen:

- (veröffentlicht im „Patentblatt“ vom 15. September 1927):
- Nr. 154 Nr. 94 210 Maschinenfabrik Augsburg-Münchener A. G., Augsburg, Schapbachstraße 25, „Fahrwerk für Dreiwagen-Draisinerwagen“.
- Nr. 155 Nr. 103 283 Robert Holborn, Durban, Südafrika, und Gwynn Raddon & Co. Ltd., Cape Town, Südafrika, „Perforiervorrichtung für Telegrammdruckerei und dergleichen“.

Patenterteilungen:

- Nr. 154 470 374 Maschinenfabrik Schmalzschneidmühlerei G. m. b. H., Berlin N 4, Unter den Eichen 25, „Matrixe für Matrizen- und Stellenstechmaschinen“.
- Nr. 154 450 294 American Type Foundry Company, Berlin, S. O. 1, „Zylinderdruckpresse“.
- Nr. 156 440 004 „Bogelartige Maschinenfabrik (vorm. F. C. Dieckhoff & Co.) in Berlin N. O., „Vorrichtung zum Selbsttätigen Entzünden des Abgasrückflusses von Druckmaschinen“.

Gewerkschaften:

- Nr. 154 1 003 020 F. G. Scheller & Cie. G. m. b. H., Brüderstraße 30-32, „Druck- und Prägepresse“.
- Nr. 154 1 003 731 Scheinmann & Wolf, Bietfeld, „Selbstvorrichtung des Ausganges von Druckpressen“.
- Nr. 154 1 003 003 Schmalzschneidmühlerei G. m. b. H. & Co., Berlin, „Zylinderdruckpresse“.

verschiedene Eingänge

Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 10. Juni 1927. Von Paul Böhmig. Vermittlung in Berlin. Eingangsnummer 4948 und 4949. 118 Seiten. Industrieverlag Gneiss & Rinde, Berlin N. O. Preis gebunden 2,80 M., in Leinen gebunden 3,00 M.

